

# Neutralität und Kooperation mit dem Westen

## *Das ambivalente Verhältnis der Schweiz im Kalten Krieg*



Plakat des Schweizerischen Aufklärungsdienstes (SAD) aus der Zeit des Kalten Krieges

Semesterarbeit von  
*Stephan Senn*  
Student, D-ITET  
ETH Zürich

Dozent  
*Professor H.W.Tobler*

Zürich, 11. Februar 2002

# Vorwort

Diese Semesterarbeit ist im Rahmen der Lehrveranstaltungen des Departements Geistes-, Sozial- und Staatswissenschaften (D-GESS) im Wintersemester 2001/02 an der ETH Zürich entstanden. Sie bildet die Grundlage eines Vortrages, der neben der Vorlesungsserie ‚Die moderne Schweiz im 19. und 20. Jahrhundert‘ abgehalten wurde.

Es soll vorweggenommen werden, dass diese Arbeit keine Gesamtdarstellung des Kalten Krieges ist. Vielmehr wird das Augenmerk auf die neutrale Schweiz gerichtet, die im Spannungsfeld zwischen Ost und West ihren eigenen Weg suchte. Vorallem dieser scheinbar eigene, ja spezielle Weg, ist Gegenstand der Untersuchung. In wieweit verfolgte die Schweiz eine Neutralitätspolitik? Was beinhaltet der Begriff Neutralität? Und wie stand es um die westliche Kooperation? Hat die Schweizer Politik auch ihren Pfad zeitweilig verlassen und eine Kooperation mit dem Westen eingegangen?

Im folgenden sollen diese Fragen geklärt werden. Ausgangspunkt bildet die Situation der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg. Dabei wird versucht, die Schweiz im Kalten Krieg von verschiedenen Seiten zu beleuchten, um eine fundiertere Gesamtdarstellung zu erhalten. Neben dem geschichtlichen Pfad der Innen- und Aussenpolitik der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Wende 1990, wird auch der Parteienlandschaft, dem Osthandel sowie allgemein der Neutralitätspolitik Beachtung geschenkt. Der Abschnitt ‚Die Schweiz in Zahlen‘ soll einen Einblick in die Staatsfinanzen sowie in die wirtschaftliche Entwicklung während dem Kalten Krieg geben. Diese Aspekte korrelieren direkt mit der Neutralitätspolitik und können somit nicht vernachlässigt werden. Die Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz wurde der Vollständigkeit wegen miteinbezogen. Der Schluss dieser Arbeit bildet ein Resumé der untersuchten Aspekte.

Zum Schluss sei erwähnt, dass das Thema Neutralität bis zum heutigen Zeitpunkt keinen Abschluss gefunden hat. Auch heute noch wären etliche Diskussionen in der Schweizer Politik überflüssig, wenn man sich darüber einig wäre, ob und wie man Neutralitätspolitik betreiben soll oder schlicht, was darunter zu verstehen ist. Dass eine streng sachliche Erörterung dieses Themas kaum möglich ist, sondern immer einer politischen Färbung und einem Zeitgeist unterworfen ist, sei zum Schluss nochmals erwähnt. Die Leserin oder der Leser soll dadurch aber nicht davon abgehalten werden, eine eigene Meinung zu diesem Thema zu bilden.

Zürich, den 11.Dezember 2001

Stephan Senn

# Inhaltsverzeichnis

<b>VORWORT</b> .....	<b>2</b>
<b>INHALTSVERZEICHNIS</b> .....	<b>3</b>
<b>ZWISCHEN FREUDE UND UNGEWISSHEIT – DIE SCHWEIZ AM ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGES</b> .....	<b>4</b>
<b>DIE SCHWEIZ IM KALTEN KRIEG</b> .....	<b>5</b>
<b>Der Kalte Krieg verändert die Welt</b> .....	<b>5</b>
<b>Innen- und Aussenpolitik der Schweiz</b> .....	<b>6</b>
<b>Die Schweiz in Zahlen</b> .....	<b>10</b>
<b>Pro westliches Verhalten und Diffamierung der östlichen Gegner – die Parteienlandschaft der Schweiz im Kalten Krieg</b> .....	<b>14</b>
Katholisch-konservative Hetze gegen die Unchristen des Ostens.....	14
Die ‚Partei der Landesverräter‘ – oder die schwierige Zeit der Partei der Arbeit.....	16
Die Sozialdemokratie in den Kinderschuhen – die Suche nach einem glaubwürdigen Weg...	18
<b>DER OSTHANDEL</b> .....	<b>21</b>
<b>NEUTRALITÄTSPOLITIK</b> .....	<b>22</b>
<b>FAZIT</b> .....	<b>25</b>
<b>BILDVERZEICHNIS</b> .....	<b>FEHLER! TEXTMARKE NICHT DEFINIERT.</b>
<b>LITERATURVERZEICHNIS</b> .....	<b>26</b>

# Zwischen Freude und Ungewissheit – Die Schweiz am Ende des Zweiten Weltkrieges

Als am 9. Mai 1945 die Gesamtkapitulation Deutschlands vollzogen war, ging ein Aufatmen durch Europa. Der Krieg in Europa war beendet. Das Ende des Zweiten Weltkrieges sollte nur noch wenige Monate auf sich warten lassen. Nach dem Abwurf der beiden Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 erfolgte am 2. September die Kapitulation Japans und somit das Ende des Pazifikkrieges. Nun begann die Aufbauphase der zerstörten Länder, und die Weltwirtschaft schien sich zu erholen.

In der Schweiz war man sichtlich froh, den Zweiten Weltkrieg unversehrt überstanden zu haben. Zwar war man nie in kriegerische Handlungen verwickelt worden. Doch die ständige Angst, allein zwischen den Achsenmächten zu verharren, hat auch in der Schweiz seine Spuren hinterlassen. Als Frankreich erobert war, hatte die Schweiz seinen letzten Hoffnungspartner im Falle eines Angriffs Nazideutschlands verloren. Umgeben von faschistischen Ländern, hatte die Schweiz ein Nieschendasein genossen, dessen Erhaltung ständig gefährdet schien. Die Schweiz hatte sich im Zweiten Weltkrieg wie Schweden zur Neutralität bekannt. Die daraus resultierende Politik erwies sich aber als äusserst schwierig. Denn eine strikte Neutralitätspolitik hätte vielleicht ein Wohlwollen der Achsenmächte vereitelt und Sanktionen zur Folge gehabt. Somit sei die Neutralitätspolitik ständig in einer Ambivalenz zum Wohlwollen der Achsenmächte gewesen. Eine reine Neutralitätspolitik wäre also nicht möglich gewesen. Andererseits wird argumentiert, dass die Schweiz sich von der Angst der Achsenmächte nicht verführen liess, und sich nicht scheute, eine klare Neutralitätspolitik zu betreiben. Inwiefern diese Behauptungen stimmen, ist Teil der Untersuchungen der Bergier-Kommission, die nun ihre Arbeit vor kurzem abgeschlossen hat. Ulrich Im Hof schreibt über diese Zeit:

*[...] Hatte der Faschismus Mussolinis bis dahin nur in der italienischen Schweiz zu mehr oder weniger irredentistischen Regungen geführt, die sich dort von selbst erledigten, so bedeutete das Programm Hitlers mit dem Motto „Heim ins Reich“ für die ganze Schweiz eine unmittelbare nationale Bedrohung, auf die insbesondere die Deutschschweizer energisch reagierten, ganz geschlossen nach dem „deutschstämmigen“ Österreich. Es ging dabei ja nicht allein um die mögliche Zerstörung der Schweiz als nationaler Einheit, sondern auch als freiheitlich-demokratischem Staatswesen an sich. Politiker und Intellektuelle aller Lager – von den patriotischen Konservativen bis zu den antitotalitären Sozialisten – fanden sich in einer „geistigen“ Landesverteidigung, die auch Rückgriff auf die alte Eidgenossenschaft als bündische Demokratie bedeutete. „Schweizererrat“ stand gegen deutschen „Blut und Boden“. Wie nie zuvor wurde der viersprachige Charakter des Landes betont und als eigentliche Demonstration 1938 das von italienische Irredenta bedrohte Rätoromanische zur vierten Landessprache erklärt.*

*Die Schweiz wurde zum Zufluchts- und Durchgangsland für einen Teil der deutschen Emigration. Es waren die Jahre, wo die Flüchtlinge das Schauspielhaus Zürich zur einzigen freien Bühne deutscher Sprache machten. [...]<sup>1</sup>*

Fest steht, dass die Alliierten der unversehrten Schweiz, misstrauisch gegenüberstanden. Vorallem mit den USA mussten etliche schwierige Verhandlungen geführt werden, um das

---

<sup>1</sup> Geschichte der Schweiz, Ulrich Im Hof (S.138/139)

Wohlwollen der Amerikaner zu gewinnen und schliesslich um Handelsverträge auszuarbeiten. Ulrich Im Hof schreibt darüber:

*[...] Doch war es hinwiederum nicht leicht, den USA Verständnis für die Lage der Schweiz abzugewinnen. – Es erschien wie ein Wunder, dass dieses kleine Land den Krieg unversehrt hatte überstehen können, mit Schweden das einzig neutrale Land Europas.[...]*<sup>2</sup>

Nach dem Scheitern der ersten Gespräche mit der Sowjetunion 1945, konnten 1946 die Beziehungen zur Sowjetunion wieder aufgenommen werden. Doch nach der ersten Euphorie, die das Erstarren der Weltwirtschaft mitsichbrachte, zeichnete sich zunehmend eine allgemeine Ungewissheit ab. Wie wird die Zukunft aussehen angesichts der verschiedenen Ansichten bzw. Interessen von Ost und West, namentlich zwischen den USA und der Sowjetunion? – Auch in der Schweiz war diese Ungewissheit zu spüren und die verschiedenen Parteien skizzierten dementsprechend auch unterschiedliche Szenarien. Während die einen im Osten ein mögliches Gefahrenpotential sahen und sich mit dem Westen verbunden fühlten, so betonten andere die Möglichkeiten eines Dialogs und priesen eine Offenheit in dieser Diskussion an. Über die politische Konstellation der Schweiz in Europa, war man sich aber einig: Die Neutralitätspolitik sollte fortgesetzt werden.

*[...]Die Neutralität hatte sich so gut bewährt, dass ein Sonderdasein möglich erschien.[...]*<sup>3</sup>

wie Ulrich Im Hof konstatiert.

## Die Schweiz im Kalten Krieg

### Der Kalte Krieg verändert die Welt

1946 schien die Sommerhitze zunehmend von einem eisigen Wind durchsetzt zu sein. Die Interessenkonflikte von Ost und West schienen so tief verwurzelt zu sein, dass eine blosser Annäherung als höchst unwahrscheinlich schien. Obwohl viele Menschen diesen Konsens als wohlthuender Balsam empfunden hätten, so zeigte sich doch, dass dieser Konsens meilenweit entfernt war und mit dem Greifen nach dem Sternen eine passende Metapher findet. Der Begriff ‚Kalter Krieg‘ ist von so schwerer Natur, dass dessen Umschreibung den Rahmen dieses Werkes sprengen würde. Es sei hier auf die Ausführungen von Kurt Imhof verwiesen, der in seiner Einleitung zu „Wiedergeburt der geistigen Landesverteidigung: Kalter Krieg in der Schweiz“ folgende Definition gibt:

*Kaum ein anderes Konstrukt hat die Welt in vergleichbarer Weise beherrscht und gestaltet wie der Ost-West-Dualismus. Er durchdrang in globalem Siegeszug das politische Denken und Handeln mehrerer Generationen, stand dadurch Institutionen und Organisationen mit weltumspannendem Wirkungsbereich Pate, lenkte gewaltige Kapitalströme, sorgte für die europäische Einigung wie für die Rechtfertigung zahlloser innerer wie äusserer Kriege und Regimes jeden Typs, kanalisierte Produktionsfaktoren im Rahmen eines beispiellosen Aufrüstungs-, Bildungs- und Technologiewettstreits, teilte nichts weniger als die ganze Welt in Blöcke, förderte die Eroberung des planetarischen Raums und trieb sich selbst auf die Spitze durch das Gegengleich im Gleichen: Dem Östlichen im Westen und dem Westlichen im Osten, d.h. dem drohenden, allseitigen,*

---

<sup>2</sup> Geschichte der Schweiz, Ulrich Im Hof (S.141)

<sup>3</sup> Geschichte der Schweiz, Ulrich Im Hof (S.144)

*potentiellen oder virulenten Verrat der Agenten und „Fünften Kolonnen“<sup>4</sup> – dem Feind in den eigenen Reihen.[...]<sup>5</sup>*

## Innen- und Aussenpolitik der Schweiz

Der folgende Abschnitt bildet einen kurzen Abriss über die Aussen- und Innenpolitik der Schweiz von 1945 bis 1990.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges war mit einer pessimistischen Haltung verknüpft. Man befürchtete einen Rückfall in die zwanziger und dreissiger Jahre. Deshalb bereitete man sich für diesen Fall vor. Man war dann allerdings ziemlich überrascht, als sich ein Konjunkturaufschwung einstellte. Die Unversehrtheit im Zweiten Weltkrieg sowie die Vorbereitungsmaßnahmen haben dazu geführt, dass die Schweiz sich bald unter den ersten Plätzen der prosperierenden Länder befand. Auch als der Wiederaufbau in den zerstörten Ländern Europas beendet war, hielt dieser wirtschaftliche Aufwärtstrend in der Schweizer Wirtschaft an. Der Arbeitsfriede, also die Einigung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, namentlich der Gewerkschaften, hat sicherlich wesentlich dazu beigetragen. Dies war nur möglich aufgrund der Einhaltung des Friedensabkommens, das in den Jahren nach dem Generalstreik von 1918 erzielt wurde. Soziale Konflikte wurden nun mehrheitlich auf dem Schiedswege gelöst, und somit blieb die Streikgefahr gebannt. Die Nutzniesser dieses Aufschwungs war die Chemieindustrie in Basel, der Bankenplatz Zürich sowie die Nahrungsmittelindustrie mit Nestlé, ihrem grössten Vertreter. Die stabilen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie eine intakte Infrastruktur weckten das Vertrauen des Auslandes.

Die Aussenpolitik am Ende des Zweiten Weltkrieges war geprägt von einem Solidaritätsdenken, das sich in humanitären Hilfeleistungen für die umliegenden zerstörten Länder Europas äusserte. Der UNO trat man aus Neutralitätspolitischen Überlegungen nicht bei, doch beteiligte man sich intensiv an allen nichtpolitischen Bereichen der UNO<sup>6</sup>. Als Reaktion gegen die Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), wurde am 4.1.1960 die Bildung einer Europäischen Freihandelszone (EFTA) beschlossen, die noch im selben Jahr in Kraft trat (3.5.1960). Die Schweiz zählte mit Österreich, Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal und Schweden zu den Gründungsmitgliedern. Ulrich Im Hof schreibt darüber:

*[...] Als schliesslich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1958 Realität wurde, versuchte man, die übrigen europäischen Staaten in der Freihandelszone zu sammeln. So konnte man spezifisch schweizerische Strukturen bewahren, die durch die föderalistische Staatsform und wirtschaftliche Eigenheiten, vor allem im Agrarsektor, gegeben waren. [...]<sup>7</sup>*

---

<sup>4</sup> die fünfte Kolonne (*politische Gruppe, die im Krieg o. Ä. mit dem Gegner des eigenen Landes zusammenarbeitet*; nach der Antwort des Generals Mola im spanischen Bürgerkrieg auf die Frage, welche seiner vier Kolonnen Madrid einnehmen werde, wobei er mit der fünften Kolonne die Nationalen in der Stadt meinte (c) Dudenverlag

<sup>5</sup> Konkordanz und Kalter Krieg – Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit / Krise und sozialer Wandel Band 2 (S. 173)

<sup>6</sup> Auch 1986 wurde ein UNO-Beitritt abgelehnt. Der Grund dafür ist die Vorstellung von einer Schweiz als „Sonderfall in Europa“ wie dies Ulrich Im Hof konstatiert. Ein UNO-Beitritt wurde als unnötig empfunden und dementsprechend massiv abgelehnt. Derzeit ist ein UNO-Beitritt-Volksbegehren in Bearbeitung.

<sup>7</sup> Geschichte der Schweiz, Ulrich Im Hof (S.144)

Doch schon 1973 traten Großbritannien und Dänemark, später Portugal sowie Finnland, das erst 1986 EFTA-Mitglied wurde, Österreich und Schweden der EG beziehungsweise EU bei und schieden aus der EFTA aus. Dieses Schrumpfen war mit einem Verlust des wirtschaftlichen Handlungsspielraums innerhalb Europas verbunden. Der Vertrag zwischen EG und EFTA liess bis 1992 auf sich warten. Der sogenannte Verbindungsvertrag, der Europäische Wirtschaftsraum (EWR), hat die Schweiz 1992 abgelehnt<sup>8</sup>. 1963 trat die Schweiz dem Europarat bei und am 1. August 1966, am Nationalfeiertag, erfolgte der Eintritt in das GATT<sup>9</sup>, aus dem am 1. Januar 1995 die WTO<sup>10</sup> wurde. Ein Begehren zur Abschaffung der Armee wurde 1986 abgelehnt<sup>11</sup>. Interessant im Zusammenhang mit der Aussenpolitik ist die Sicherheitspolitik. Diese sei, so Mauro Mantovani, eng mit den angelsächsischen Führungsmächten im Westen verbunden gewesen. Die folgenden Meilensteine der aussen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit dem Westen, sind dem Bericht von Mauro Mantovani entnommen:

*Das Hotz-Linder-Agreement vom Juli 1951, in dem die Schweiz die Embargolisten des CoCom<sup>12</sup>-Regimes weitgehend übernahm und damit das Prinzip des Courant normal fallen liess. Im Zuge der Verschärfung des Embargos wurde im September 1953 auch dieses Gentlemen-Agreement revidiert. In den späteren fünfziger Jahren spielte sich eine informelle amerikanisch-schweizerische Kooperation bei der Bekämpfung von Schmuggel und Umgehungshandel ein. Dass der schweizerische Osthandel ab Mitte der fünfziger Jahre kontinuierlich rückläufig war, ist jedoch einer restriktiven Exportbewilligungspraxis, amerikanischem Blacklisting und abnehmender Attraktivität dieses Handels an sich zuzuschreiben.*

*Das "Montgomery-de Montmollin-Agreement" vom Januar 1952, in dem der schweizerische Generalstabschef zusicherte, die Aufmarschpläne würden dahingehend abgeändert, dass im Kriegsfall eine gemeinsame Verteidigung des Oberrheins und des Südostens des Landes durch schweizerische und alliierte Streitkräfte möglich wäre.*

*Die Einwilligung der Schweiz vom Sommer 1952, dass in der OEEC<sup>13</sup> ein Financial and Economic Board geschaffen werde, das umfangreiche Informationen über die Wirtschaftslage der Mitgliedstaaten erarbeitete, die der NATO für ihre Rüstungsplanung zur Verfügung gestellt wurden.*

---

<sup>8</sup> Erst die bilateralen Verträge mit der EU, die während der neunziger Jahre ausgearbeitet wurden, sehen eine klare Regelung mit der EU vor. Sie wurden aber seitens der EU noch nicht ratifiziert.

<sup>9</sup> Abkürzung für englisch **General Agreement on Tariffs and Trade** (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen), in Genf am 30.10.1947 von 23 Staaten abgeschlossenes, 1948 in Kraft getretenes Abkommen zur Erleichterung des gegenseitigen Handels auf der Grundlage der Meistbegünstigung und zur Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Das GATT war eine Sonderorganisation der UN mit Sitz in Genf

© 2000 Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG

<sup>10</sup> (englisch **World Trade Organization**, Abkürzung **WTO**), Sonderorganisation der UNO für den Welthandel, gegründet am 15. 4. 1994 in Marrakesch (Marokko) durch Unterzeichnung des am 15. 12. 1993 vereinbarten GATT-Abkommens der Uruguay-Runde; Sitz: Genf. Die WTO trat am 1. 1. 1995 in Kraft und löste zum 1. 1. 1996 das GATT endgültig ab.

© 2000 Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG

<sup>11</sup> Ein Drittel befürwortete das Begehren.

<sup>12</sup> Abkürzung für englisch **Coordinating Committee for East-West-Trade-Policy**, 1949 in Paris gegründetes Komitee zur Kontrolle der Ausfuhr von Spitzentechnologien und strategisch wichtigen Gütern in die damaligen Staatshandelsländer und Problemregionen. Die von den 16 COCOM-Mitgliedern (NATO-Staaten ohne Island sowie Japan und Australien) erstellten Embargolisten (**COCOM-Listen**) erfassten die Güter und Technologien, die nicht oder nur unter bestimmten Voraussetzungen in die genannten Regionen exportiert werden durften. Aufgrund der Beendigung der Ost-West-Konfrontation liefen die COCOM-Bestimmungen zum 1. 4. 1994 aus.

© 2000 Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG

<sup>13</sup> Abkürzung für **Organization for European Economic Cooperation**, Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, heute OECD (siehe Fussnote ‚OECD‘ auf der nächsten Seite!)

*Der britischen Militärs gewährte Einblick in die Aufmarsch- und Evakuationspläne der schweizerischen Armee bzw. Luftwaffe und die Anfänge eines britisch-schweizerischen Austauschprogramms für Luftwaffenoffiziere, 1951-53.*

*Die bundesrätliche Erteilung von Exportlizenzen für mehrere Hunderttausend Oerlikon-Raketen zugunsten der USA, die im Begriffe waren, diese im Koreakrieg einzusetzen. Diese 1951-53 schubweise erfolgende massive Abweichung vom selbsterklärten Rüstungsausfuhrverbot von 1949 stellt den wohl grössten wissentlichen Verstoss des Bundesrates gegen Neutralitätsrecht während des Kalten Krieges dar.*

*Die Formalisierung des Austausches klassifizierter Information über kommunistische Staaten zwischen dem State Department<sup>14</sup> und dem EPD<sup>15</sup> ab 1957.*

*Die Einwilligung des Chefs der Flieger-/Flabtruppen von 1957, mit amerikanischen Militärstellen in der BRD spätestens im Kriegsfall Radardaten auszutauschen, und der Aufbau der dafür nötigen Verbindungen seitens der Schweiz.*

*Eine zeitweilig sehr large Auslegung des Transitverbots durch schweizerisches Hoheitsgebiet für amerikanische und britische Militärtransporte.*

*Die Interpretation der im Zuge der OECD<sup>16</sup>-Mitgliedschaft ab 1961 erhöhten staatlichen Entwicklungshilfe als Ausdruck der schweizerischen Bereitschaft, einen Beitrag gegen die Ausbreitung des Kommunismus in der Dritten Welt zu leisten.<sup>17</sup>*

Die Innenpolitik ist ab 1959 von der sogenannten „Zauberformel“ bestimmt: Der Bundesrat besteht aus zwei freisinnig-demokratischen (FDP), zwei katholisch-konservativen (KVP)<sup>18</sup>, zwei sozialdemokratischen (SPS) Abgeordneten und einem Vertreter der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGP), aus der 1971 die Schweizer Volkspartei (SVP) wurde. Die Achtundsechzigerbewegung machte auch vor der Schweiz nicht Halt. Seit 1968 kämpfte eine emanzipierte Jugend gegen das allzu optimistische und z.T. konservative Gedankengut einer Generation, dessen Erfahrungen von Krieg und Leid durchsetzt war. Natürlich wurden auch die allgemeinen Themen der Achtundsechziger-Bewegung, wie beispielsweise Emanzipation, Sexualität, Vietnamkrieg, Kommunismus übernommen. Eine ‚Peace, not War!‘-Mentalität stellte sich auch in der Schweiz ein. Das Thema entzündete sich vor allem an der Frage der „geistigen Landesverteidigung“. Die Nachkriegsgeneration wehrte sich vehement gegen dieses altmodische Konstrukt. Wehrdienstverweigerer mussten deshalb auf völliges Missverständnis seitens dieser Kriegsgeneration stossen, was den Bruch noch wesentlich verstärkte. Auch noch anfangs der achziger Jahre sollte dieser Konflikt weiterbestehen und die bestehenden Fronten weiter verhärten. In den Zürcher Jugendkrawallen von 1980, die auch in anderen Schweizer Städten ihre Spuren hinterliessen, war vor allem der Protest gegen bestehende Wertvorstellungen dominierend. In den achziger Jahren war auch eine Emanzipation der Presse festzustellen. Ulrich Im Hof schreibt darüber:

---

<sup>14</sup> Aussenministerium der USA

<sup>15</sup> Eidgenössisches Polizeidepartement

<sup>16</sup> Abkürzung für englisch **O**rganization for **E**conomic **C**o-operation and **D**evelopment (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), Organisation der westlichen Industrieländer mit beratender Funktion zur Koordinierung der Wirtschafts- und Währungspolitik, der Entwicklungshilfe und der Außenwirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten sowie für Aufgaben in Bereichen wie Umwelt, Energie, Verkehr, Finanzmärkte, Arbeit und Soziales; gegründet am 14. 12. 1960 durch das Pariser Übereinkommen (in Kraft seit 30. 9. 1961); Sitz: Paris. Der OECD gehören alle Mitgliedsstaaten der EU und der EFTA an sowie Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, die Türkei und die USA; inzwischen auch Schwellenländer (Mexiko seit 1994, Süd-Korea 1997) und ehemalige Staatshandelsländer (Tschechische Republik 1995, Ungarn und Polen 1996).

© 2000 Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG

<sup>17</sup> NFP 42 – „Aussen- und Sicherheitspolitik versus Kalter Krieg“ von Mauro Mantovani

<sup>18</sup> Später wurde die KVP von der CVP (Christlich-demokratisch Volkspartei) verdrängt.



*[...] Eine ungenierte Presse- und Medienwelt brachte überhaupt vieles an den Tag, das viele lieber im Halbdunkel gelassen hätten. [...]*<sup>19</sup>

Vor allem dieses ‚Halbdunkel‘ schien die Jugend zu interessieren. Man kaufte der älteren Generation nicht einfach die ‚Standardmärchen‘ ab. Zudem erfuhr die Schweizer Politik Ende der achziger Jahre und zu Beginn der neunziger einen schweren Imageverlust. Inländische und ausländische Massenmedien deckten Ströme von Fluchtgeldern in die Schweiz auf sowie die Existenz von Geldströmen aus Nazi-Deutschland während dem Zweiten Weltkrieg und versetzten damit der Schweiz einen schweren Imageverlust. Auch die Fichenaffäre der neunziger Jahre haben dieses Image negativ geprägt. Vor allem ältere Generationen waren von diesen Entdeckungen am tiefsten berührt. Die jüngeren Generationen konnten sich damit Luft verschaffen und sahen sich in ihren Forderungen nach mehr Offenheit bestätigt. Der Optimismus, verbunden mit einem starken Glauben an die Loyalität des Schweizer Staates, drängte die älteren Generationen zurück und bot mehr Angriffsfläche für eine kritische junge Generation. Zu den wichtigsten Etappen der Innenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg gehören:

- 1947 wird die Alters- und Hinterlassenversicherung (AHV) eingeführt. Die Schweiz bekennt sich somit zum modernen Wohlfahrtsstaat.
- 1948 erfolgt die Eröffnung des internationalen Flughafens Zürich-Kloten.
- Die Invalidenversicherung (IV) wird 1960 eingeführt.
- In Zürich kommt es 1968 zu Jugendunruhen. Später, im Jahre 1980, sollten diese Unruhen nochmals aufflammen.
- 1971 wird das Frauenstimmrecht eingeführt. Doch noch sechseinhalb Kantone lehnten diesen Entscheid ab. Ulrich Im Hof schreibt über diese späte Einführung des Frauenstimmrechts in der Schweiz:

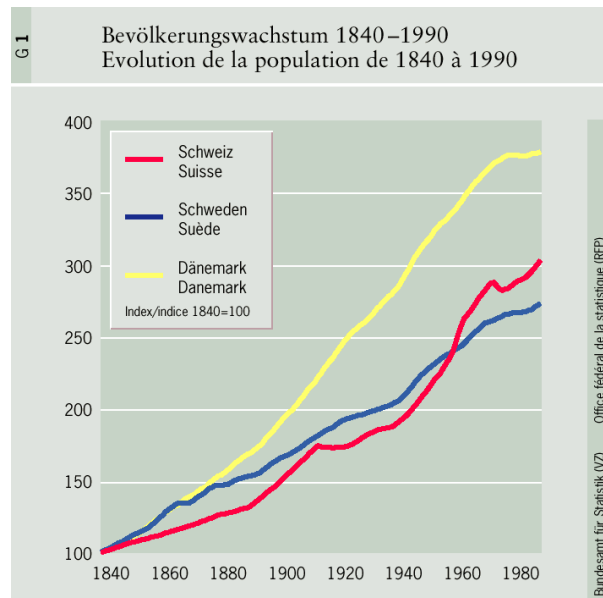
*[...] das mangelnde Frauenstimmrecht in der ältesten Demokratie wurde allgemach zum Gespött der ganzen Welt. [...]*

- 1972 wird das „Drei-Säulen-Prinzip“ in der Sozialversicherung vom Volk angenommen.
- 1978 erfolgte die Gründung eines 23. Kantons in der Schweiz, dem Kanton Jura. Aufgrund konfessioneller, sprachlicher, parteipolitischer als auch ökonomischer Gegensätze zum deutsch-sprechenden Kanton Bern, erfolgte 1978, nachdem in den Jahren 1974/75 heftige Auseinandersetzungen dominierten, die Separation des ehemaligen Bistums Basel vom Kanton Bern. Während der Norden Juras zum Kanton erhoben wurde, blieb der Südteil beim Kanton Bern. Das deutschsprachige Laufental wurde 1991 dem Kanton Basel zugesprochen, nachdem es zuerst bei Bern geblieben war.
- 1981 erfolgt die inhaltliche Grundlegung (in der Verfassung) zur Gleichstellung der Geschlechter.
- 1984 wird Elisabeth Kopp, vom Zürcher Freisinn, als erste Frau in den Bundesrat gewählt.
- Von 1989 bis 1991 bringt die Parlamentarische Untersuchungskommission groteske Auswüchse der politischen Überwachungsaktivität ans Licht. Über 900'000 Einwohner wurden Akten, sogenannte Fichen, angelegt.
- 1991 erfolgen die 700-Jahr-Feierlichkeiten zum Bestehen der Eidgenossenschaft, die von der Fichenaffäre überschattet werden, die wiederum ein Klima des Misstrauens gegenüber dem „Überwachungs- und Schnüffelstaat“ schafft.

---

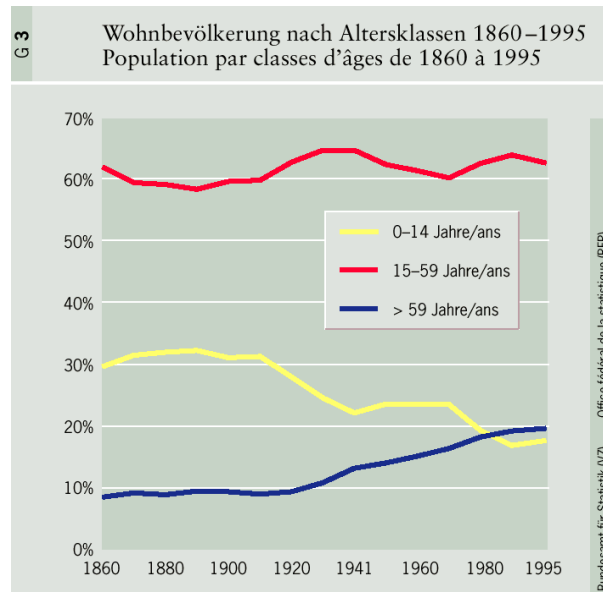
<sup>19</sup> Geschichte der Schweiz, Ulrich Im Hof (S.148)

# Die Schweiz in Zahlen



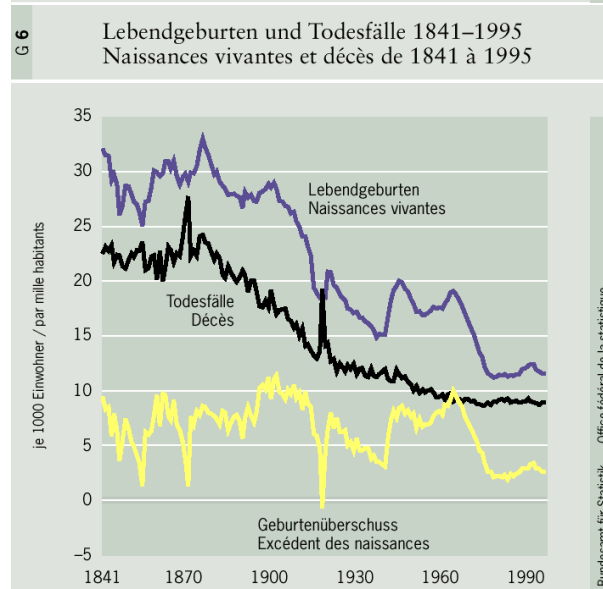
Der folgende Abschnitt soll einen Einblick in die Bevölkerungsentwicklung, in die Staatsfinanzen sowie in wirtschaftliche Entwicklungen in den Jahren von 1945 bis 1990 geben. Die spezifisch schweizerischen Daten stammen vom Bundesamt für Statistik. Die internationalen Daten sind dem Universallexikon Encyclopedia Britannica entnommen.

Aus den nachstehenden Diagrammen ist zu erkennen, dass das Bevölkerungswachstum ab 1945 rapid anstieg. Dieser Anstieg in den letzten hundert Jahren wird beantwortet mit einem Anstieg der Bevölkerung von ca. 2.5 Millionen um 1900 auf ca. 7 Millionen.

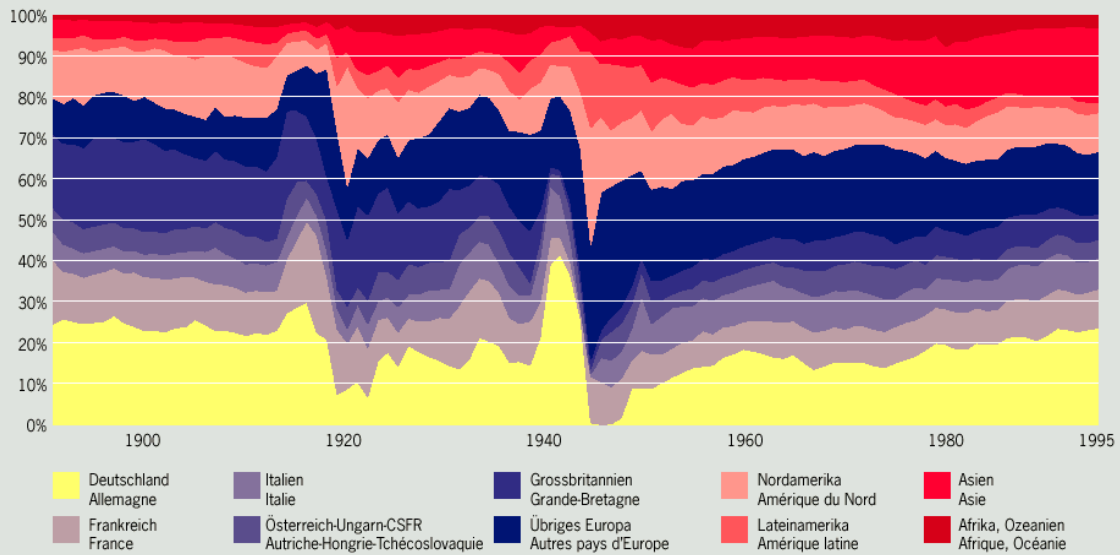


Die zunehmende Überalterung der Gesellschaft hält auch in der Schweiz an und bereitet vorallem dem Bund hinsichtlich der Finanzierung der AHV grosses Kopfzerbrechen. Immer mehr ältere Menschen müssen von immer weniger jüngeren finanziert werden.

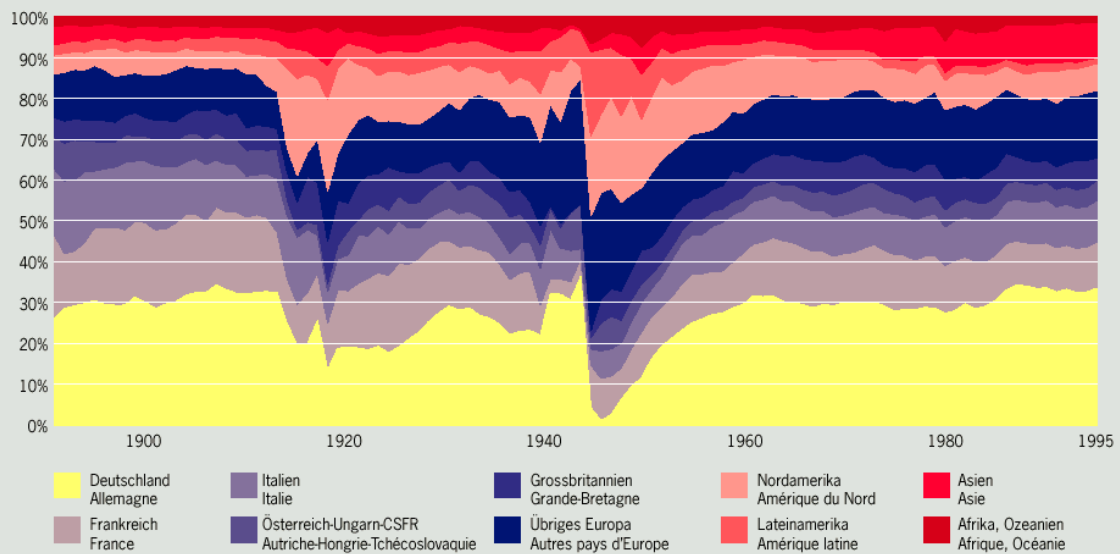
In der Schweiz wie in anderen europäischen Ländern ist ab 1960 ein Geburtenrückgang festzustellen, nachdem nach 1945 ein starker Geburtenanstieg zu verzeichnen war.



Exportpartner der Schweiz 1892–1995 (Exportwerte in %)  
 Pays destinataires des exportations suisses de 1892 à 1995 (valeur des exportations en %)



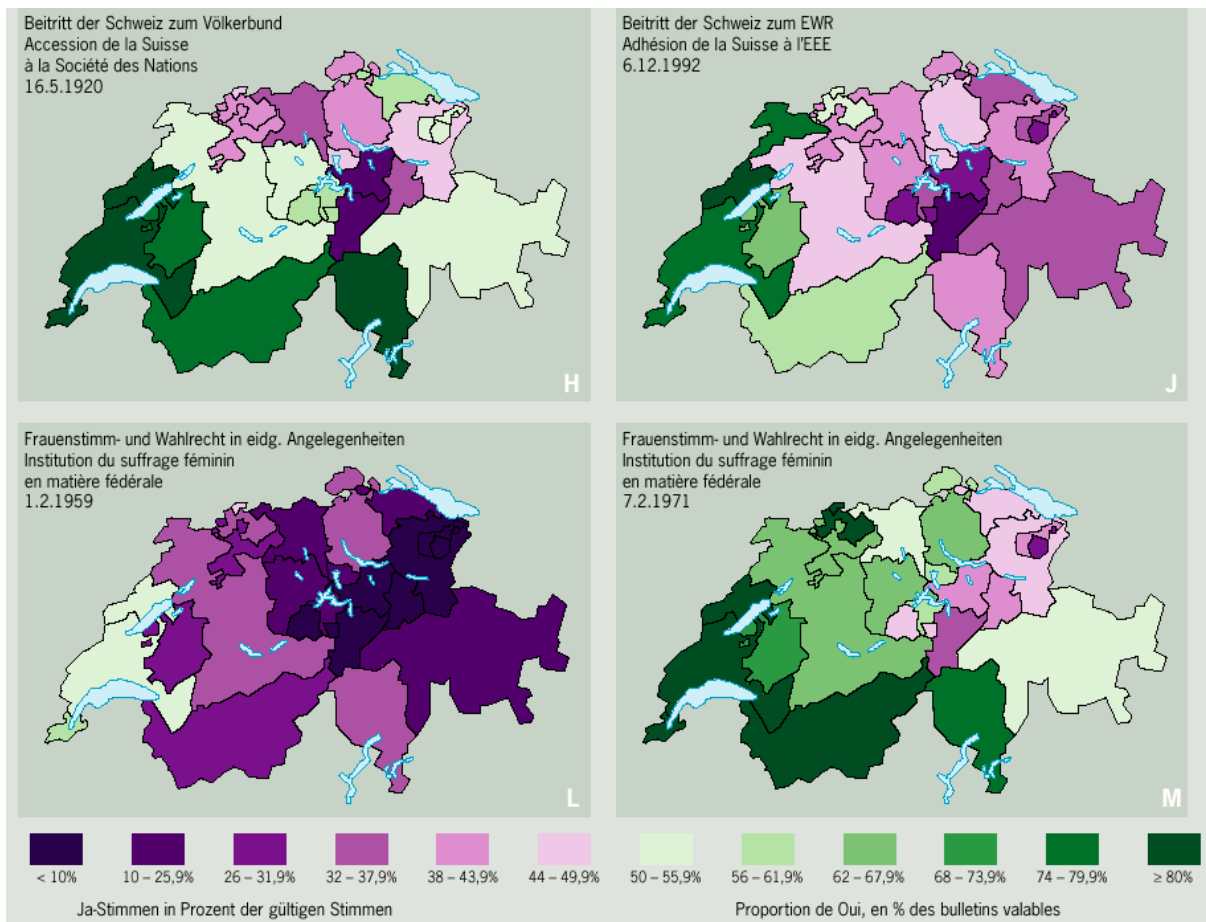
Importpartner der Schweiz 1892–1995 (Importwerte in %)  
 Pays d'origine des importations suisses de 1892 à 1995 (valeur des importations en %)



Besonderes Augenmerk gilt den beiden Diagrammen über die Import- bzw. Exportpartner der Schweiz und deren Import- bzw. Exportwerte von 1940 bis 1995. Es ist zu erkennen, dass gerade im Zweiten Weltkrieg die Import- als auch die Exportquote massiv zugenommen hat. Vorallem der Handel mit Nazi-Deutschland (von 1940-45) ist hier zu betonen. Die Importquote von deutschen Erzeugnissen stieg von ca. 20 auf 35%. Die Exportquote von Schweizer Erzeugnissen nach Deutschland stieg sogar von ca. 15 auf über 40%. Deutschland blieb also auch während dem Zweiten Weltkrieg der wichtigste Handelspartner der Schweiz. Dieser Handel kam durch das Ende des Zweiten Weltkrieges, verbunden mit der Kapitulation Deutschlands, zum völligen Erliegen. Dennoch fiel die Schweizer Wirtschaft nach 1945 nicht in ein Loch wie dies befürchtet wurde, sondern konnte sogar sich einer prosperierenden Wirtschaftslage freuen. Dies ist hauptsächlich auf den Handel mit Nordamerika und dem restlichen Europa zurückzuführen. Erst um 1960 ist ein im Vergleich zur Vorkriegszeit vergleichbarer Handel mit Deutschland erkennbar. Interessant ist auch der viel diskutierte Handel mit dem Osten zur Zeit des Kalten Krieges. Wie die beiden Diagramme zeigen, hat

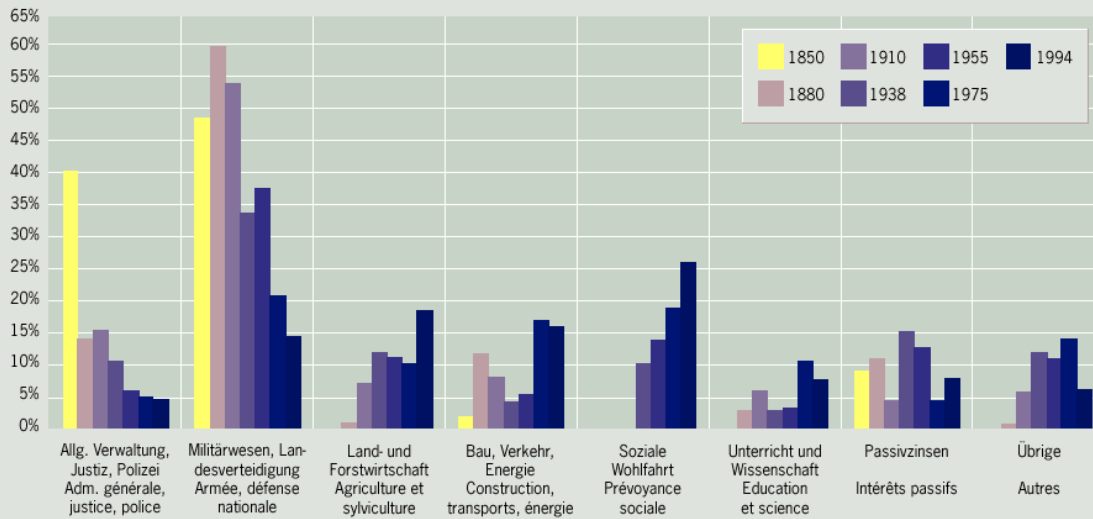
ein Osthandel mit Ungarn, Österreich und der Tschechoslowakei bestanden. Inwieweit der Osthandel auf weitere Ostländer ausgedehnt wurde, war nicht zu evaluieren. Es muss auch davon ausgegangen werden, dass die Rubrik ‚Übriges Europa‘ auch Teile des Osthandels enthält. Tatsache bleibt, dass der Osthandel seit dem Beginn des Kalten Krieges bestanden hat. Es bleibt also festzuhalten, dass die wichtigsten Export- sowie Importpartner der Schweiz im Kalten Krieg vorallem Deutschland und Westeuropa, aber auch Nordamerika sowie Asien waren.

Ausgewählte Abstimmungsresultate, nach Kantonen  
 Résultats de quelques votations, par canton



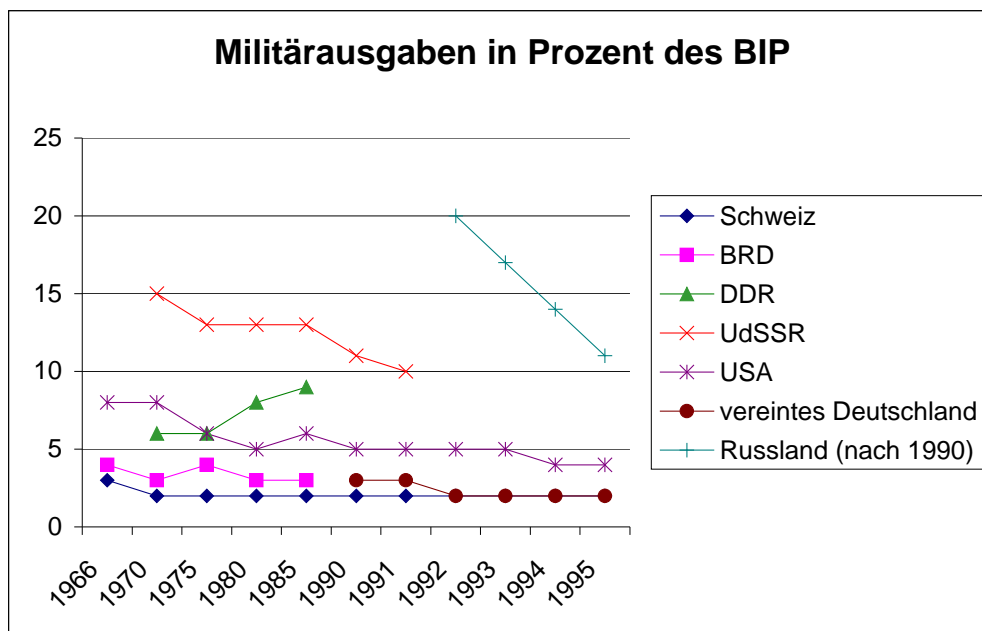
Die ausgewählten Abstimmungsresultate zeigen je zwei Abstimmungsvorlagen im aussenpolitischen Bereich und je zwei Abstimmungsvorlagen im innenpolitischen Bereich. Interessant erscheint dabei die Tatsache, dass Kantone, die 1920 dem Völkerbundbeitritt zugestimmt haben, auch etliche Jahre später, den EWR-Beitritt angenommen haben; und umgekehrt. Die innenpolitische Abstimmungsvorlage zum Frauenstimm- und Wahlrecht wurde vorallem in der Inner- und Ostschweiz abgelehnt. Vorallem der Kanton Appenzell-Innerroden sträubte sich massiv gegen diese Abstimmungsvorlage wie aus der Grafik ersichtlich ist.

Bundesausgaben nach Funktionen 1850–1994 (in % der Gesamtausgaben)  
 Dépenses de la Confédération par fonctions de 1850 à 1994 (en % des dépenses totales)



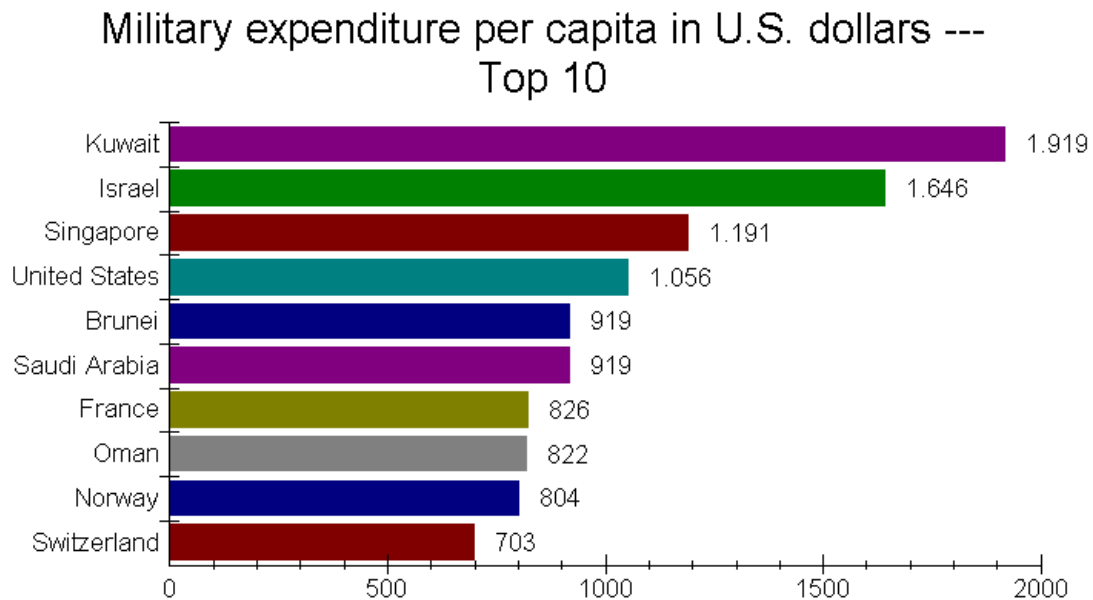
Ausgaben in Millionen Franken (nominal)  
 Dépenses en millions de francs (valeurs nominales)

	1850	1880	1910	1938	1955	1975	1994
Allg. Verwaltung, Justiz, Polizei Adm. générale, justice, police	1,1	2,9	13,0	68,0	114,7	638,7	1'792,8
Militärwesen, Landesverteidigung Armée, défense nationale	1,4	12,6	46,5	218,0	739,6	2'813,3	5'935,4
Land- und Forstwirtschaft Agriculture et sylviculture	0,0	0,2	6,1	76,1	216,1	1'368,6	7'599,0
Bau, Verkehr, Energie Construction, transports, énergie	0,1	2,4	6,8	26,0	101,2	2'280,9	6'589,5
Soziale Wohlfahrt Prévoyance sociale	0,0	0,0	0,0	65,1	270,7	2'553,1	10'688,5
Unterricht und Wissenschaft Education et science	0,0	0,6	4,9	17,5	61,5	1'407,9	3'102,5
Passivzinsen Intérêts passifs	0,3	2,3	3,7	97,8	248,7	567,8	3'198,6
Übrige Autres	0,0	0,1	4,7	76,7	214,5	1'900,5	2'434,9



Ein weiteres Augenmerk gilt den Bundesausgaben. Vorallem das Militärwesen gibt Anlass zu Diskussionen. Die Ausgaben in den fünfziger Jahren betragen über 35% von den Bundesausgaben. In den siebziger Jahren betragen sie noch über 20% und in den neunziger Jahren schlagen sie noch mit knapp 15% zu Buche. 1994 wurden 6 Milliarden Schweizer Franken für das Militärwesen ausgegeben. Das zweite Diagramm zeigt einen internationalen Vergleich der Militärausgaben. Die Schweiz lag mit durchschnittlich 2% des BIP gegen Ende der sechziger, anfangs siebziger bis Mitte der neunziger Jahre deutlich hinter den prozentualen Militärausgaben der BRD, USA, DDR und der UdSSR. Leider sind bei diesem

Diagramm die Daten nicht vollständig. Vorallem die Jahre vor 1966 wären für eine saubere Evaluation der Schweiz im Kalten Krieg nötig. Die absoluten Ausgaben geben aber weiterhin Anlass zu Diskussionen, wie das nachfolgende Diagramm zeigt. Aufgelistet sind die zehn Länder, die die höchsten absoluten Militärausgaben in US-Dollar besitzen (Stand 1995). Die Schweiz liegt auf Platz zehn.



## Pro westliches Verhalten und Diffamierung der östlichen Gegner – die Parteienlandschaft der Schweiz im Kalten Krieg

In diesem Zusammenhang sei auf das Buch ‚Konkordanz und Kalter Krieg‘ von Kurt Imhof, Heinz Kleger und Gaetano Romano verwiesen. Der folgende Abschnitt probiert die Parteienlandschaft der Schweiz im Kalten Krieg zu analysieren. Aus dem bürgerlichen Lager wurde die Katholisch-konservative Volkspartei (KVP) ausgewählt. Z.T. wurde auch die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) in die Untersuchung des bürgerlichen Lagers miteinbezogen. Die linksradikale Gruppierungen wird durch die Partei der Arbeit (PdA) vertreten. Die gemässigte Linke ist mit ihrem Hauptvertreter, der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) vertreten.

### ***Katholisch-konservative Hetze gegen die Unchristen des Ostens***

Die Katholisch-Konservative Volkspartei (KVP) verstand es wie keine andere Partei schon zu Beginn des Kalten Krieges einen Antikommunismus, verbunden mit einer starken Orientierung an den Westen, an den Tag zu legen. Vorallem die Christenverfolgung in der Sowjetunion unter Stalin haben diesen Ausschlag gegeben. Der Dämon des Kommunismus, der seine Verkörperung in der Sowjetunion und in allen anderen kommunistischen Oststaaten findet, muss bekämpft werden. Dabei scheut die KVP keine Kosten im Bereich der Landesverteidigung. Die Schweiz und der Westen muss aufrüsten, um der drohenden Gefahr vor den bösen Unchristen Einhalt zu gebieten. Die ‚roten Teufel‘ sind nicht zu besänftigen. Sie lechzen nach immer mehr Land, das sie sich unter den Nagel reissen wollen. Das Abendland ist vor diesen Dämonen nicht sicher und muss geschützt werden. Dieser Tenor sollte mehrheitlich den ganzen Kalten Krieg hindurch andauern. Auch die Wiederbewaffnung

Deutschlands wird von der KVP befürwortet. Die Partei wendet sich auch entschieden und mit einer äussersten Härte gegen die Partei der Arbeit (PdA), die 1944 gegründet wurde. Es muss noch darauf hingewiesen werden, dass die Freisinnig-demokratische Partei (FDP) sich von der KVP im Bereich der Argumentation unterschied. Waren es bei der KVP vor allem die religiösen Aspekte – es sei hier nochmals auf die Christenverfolgung verwiesen – so war es bei der FDP mehr die politischen und auch wirtschaftlichen Aspekte, die einen rigorosen Kurs gegen den Osten begründeten. Vor allem die Verstaatlichung wurde bei der FDP massiv bekämpft. Waren es doch vor allem Unternehmer, die in einer freien Marktwirtschaft ohne Eingriff des Staates gross geworden sind. Auch wenn nach den dreissiger Jahren, einige Eingriffe des Staates akzeptiert wurden, so war die Grundhaltung der FDP noch von einem starken freien Markt geprägt. Auch dem Sozialismus stand die FDP deshalb kritisch gegenüber, da dieser mehr Staat von sich aus forderte. Dass diese Grundhaltung gegen die Interessen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) stand, führten vor allem direkt nach dem Krieg, aber auch noch in späteren Jahren immer wieder zu Auseinandersetzungen. Die folgenden Auszüge aus der Parteizeitung der KVP, dem ‚Vaterland‘, und der Parteizeitung der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) mit ihrem Parteiorgan der ‚Neuen Zürcher Zeitung‘ (NZZ) sollen diese prowestliche Haltung verdeutlichen:

*Gegen die herausfordernde Schärfe, gegen diese Umwälzungsbegehren dieser neuen Partei des Radikalismus der äussersten Linken kann es kein schwächliches Nachgeben oder Verhüllen der Wirklichkeit geben, da helfen nur unzweideutige Enthüllungen und Kampfansage.*

*[...] die Haltung dieser Partei (gemeint PdA) ist nun so schief geworden, dass sie von ausserhalb einen gehörigen Stupf, eine Massregelung ihrer landesfeindlichen Machenschaften erheischt.<sup>20</sup>*

*Der Wehrwille muss identisch sein mit dem Willen zur eigenen staatlichen Existenz. Für die Idee der Landesverteidigung müssen wenn nötig die grössten Opfer gebracht werden, und zwar nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich, finanziell und geistig.<sup>21</sup>*

*[...] niemand wird in einem vorurteilslosen Rückblick auf das erste Kriegsgeschehen bestreiten wollen, dass Amerika und die Vereinten Nationen einen mutigen und unvermeidlichen Schritt in den historischen Tagen vom 25. und 27. Juni und vom 4. Juli (1950) unternahmen, dass die damals sichtbare Identität der amerikanischen und der internationalen Interessen – und man darf getrost hinzufügen: Ideale – auch heute noch besteht und dass es nur ein Beweis für diese Identität ist, wenn die einen den Koreakrieg als ein amerikanisches Unternehmen, dem die Organisation ihre Flagge verlieh, die anderen als ein internationales Unternehmen hinstellen, dem Amerika seine Macht zur Verfügung stellte.<sup>22</sup>*

*Mitten durch Deutschland verläuft jetzt eine Linie, die zwei Welten voneinander scheidet: die Linie, die das von den Russen besetzte Ostdeutschland von den durch die westlichen Alliierten besetzten West- und Süddeutschland trennt. So ist die Elbe zu einem Limes des Abendlandes geworden, der die vollkommene Scheidung der moralischen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundsätze bedeutet. Diese Scheidung drängt eine föderative Neuordnung Deutschlands vorderhand auf das*

---

<sup>20</sup> Konkordanz und Kalter Krieg, Band 2, S.189/190; VA 6.7.1945, Revolutionsgefahr, Rang 2

<sup>21</sup> Konkordanz und Kalter Krieg, Band 2, S.236; NZZ 21.10.1946, Landesverteidigung, Rang 3

<sup>22</sup> Konkordanz und Kalter Krieg, Band 2, S.234; NZZ 26.6.1951, Koreakrieg, Rang 7

*deutsche Hauptland westlich der Elbe auf. Dieses föderative Westdeutschland sollte bald in die ‚Atlantische Gemeinschaft‘ aufgenommen werden.<sup>23</sup>*

*Nicht Ausdehnung der Staatsgewalt und der Staatstätigkeit aus Prinzip steht also in Frage, sondern Ausdehnung aus geschichtlicher und sozialer Notwendigkeit.<sup>24</sup>*

*Und warum ist der Bolschewismus eine so ungeheure Kraft? Weil er die materialistischen Denkinhalte des Marxismus mit dem östlichen Glaubensgut verschmilzt (Panslawismus). [...] Im Bolschewismus ekrennt Europa den geistigen Zusammenbruch seiner eigenen Kultur [...]<sup>25</sup>*

*Das stärkste Rückgrat der Landesverteidigung war und ist politisch der Neutralitätswille.<sup>26</sup>*

### **Die ‚Partei der Landesverräter‘ – oder die schwierige Zeit der Partei der Arbeit**

Die Partei der Arbeit, die am 14./15. Oktober 1944 im Volkshaus Zürich gegründet wurde, zog schon bald den Hass der grossen Schweizer Parteien auf sich. Zu Beginn war es vor allem die KVP, doch auch die Freisinnigen (FDP) konnten ihren Groll über diese Partei nicht unterdrücken. Und auch die Sozialdemokratische Partei (SPS), die zu Beginn des Kalten Krieges eher mässige Töne erklingen liess und einen Ausgleich zwischen West und Ost erhoffte, etikettierte später die PdA auf eine vergleichbare Weise. Schnell wurde der Ruf nach einer ‚Partei des Auslandes‘ oder einer ‚Partei der Landesverräter‘ laut. Die kommunistische Hysterie, die vor allem die KVP verbreitete, befahl alles, was in irgend einer Weise mit dem Kommunismus zusammenhing. Da bot sich die PdA bestens an. Als ehemalige Kommunistische Partei (früher KPS), auch wenn dazwischen eine Neugründung liegt, vertrete sie, so die Meinung vieler, eine stereotype, nur auf den Komintern<sup>27</sup> ausgerichtete Politik. Doch in wiefern stimmte diese Ansicht? – War sie nicht vielmehr der Ausdruck einer Hysterie und die daraus resultierende Projektion stereotyper westlicher Ansichten?

Die Parteizeitung der PdA, ‚Vorwärts‘ genannt, konstatiert 1946:

*Mit der Formel ‚kommunistisch‘ und ‚bolschewistisch‘ (bezeichnet man) zunächst einfach das [...], was einem politisch nicht passt. [...] Was [...] widerspricht, das ist das ‚Böse‘ schlechthin, die Inkorporation des Diabolischen, der Hölle, des Untermenschentums.<sup>28</sup>*

Im Artikel 1 der Parteistatuten von 1944 ist der Grundgedanke der Partei festgelegt worden. Er lautet:

---

<sup>23</sup> Konkordanz und Kalter Krieg, Band 2, S.191; VA 3.7.1945, Untergang des Abendlandes, Rang 4

<sup>24</sup> Konkordanz und Kalter Krieg, Band 2, S.194; VA 27.6.1947, AHV-Abstimmung, Rang 9

<sup>25</sup> Konkordanz und Kalter Krieg, Band 2, S.199; VA 6.3.1948, Umsturz in der Tschechoslowakei, Rang 6

<sup>26</sup> Konkordanz und Kalter Krieg, Band 2, S.189/190; VA 17.10.-23.10.1947, Nationalratswahlen, Rang 2

<sup>27</sup> *die*, Kurzwort für **Kommunistische Internationale**, Abk. **KI**, auch **III. (Dritte) Internationale** genannt, gegründet im März 1919 in Moskau auf Anregung Lenins als Vereinigung aller kommunistischen Parteien, verstand sich als Vollstreckerin des Kommunistischen Manifests und der Ersten Internationale, stand in scharfem Gegensatz zur (II.) »Sozialistischen Internationale«. Die Komintern lenkte die Politik der Gliedparteien hauptsächlich durch ihr ständiges Organ, das Exekutivkomitee (EKKI), koordinierte sie auch organisatorisch nach einheitlichen Grundsätzen und verfolgte als Endziel die Weltrevolution. Seit Mitte der 1920er-Jahre geriet die Komintern ganz in den Machtkampf zwischen Stalin und seinen Gegnern innerhalb der KPdSU. Im Zuge dieser Entwicklung wurde die Komintern ein Instrument der Außenpolitik Stalins. Während des Zweiten Weltkrieges ließ dieser die Komintern im Mai 1943 als Konzession an die mit der UdSSR verbündeten Westmächte auflösen. © 2000 Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG

<sup>28</sup> Konkordanz und Kalter Krieg, Band 2, S. 206; Vorwärts 20.6.1946, Anti-PdA-Hetze, Rang 4



*Vollständige politische und wirtschaftliche Befreiung aller Werktätigen durch die Überwindung des Kapitalismus und die Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung*

Der Tenor ist somit klar. Obwohl, gemäss Aussagen der PdA, nie von der Diktatur des Proletariats die Rede war, so lässt sich nicht bestreiten, dass die Haltung der Sowjetunion bis zum XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KpdSU) eine Vorreiterrolle für die PdA gespielt hat. Die Ausrichtung der Partei nach dem Komintern ist also keine leere Farce. Die PdA schreibt heute zu ihrem damaligen Programm:

*[...] Dazu kam während der ersten zehn, fünfzehn Jahre der aus dem Erbe der Kommunistischen Internationale stammende Führungsanspruch einer sich als Vorhut betrachtenden Partei. [...] Edgar woog formulierte inmitten der ‚Prager‘-Krise: „dass wir nur mit der Mehrheit des Schweizervolkes zum Sozialismus gehen können.“ [...]*

*[...] so schrieb das PdA-Sekretariat am 12. Juli 1948, die Partei beziehe zu Fragen der Existenz der internationalen Arbeiterbewegung Stellung und tue alles, „um die Einheit und Geschlossenheit dieser Bewegung zu sichern und den Kampf um den Frieden und eine wirkliche Demokratie, an deren Spitze die Sowjetunion und die kommunistischen Parteien stehen, zu stärken.“ [...]*<sup>29</sup>

Auch nach der Aufdeckung der Greuel des Stalinismus am XX. Parteitag der KpdSU (1956), verfolgte die PdA weiterhin die Interessen der Sowjetunion, was auf absolutes Missverständnis seitens der Schweizer Bevölkerung führte. Im Gegensatz zu anderen europäischen Arbeiterbewegungen und Kommunistischen Parteien, die allmählich mehrheitlich einen eigenen Kurs zu finden suchten und sich von der Komintern abwendeten. Diese Haltung führte zu einer deutlichen Schwächung der Partei, die mit einer Isolierung, vorallem in der Deutschschweiz, in der Öffentlichkeit beantwortet wurde. Die zunehmenden Spannungen in der Partei aufgrund der Konflikte zwischen den Interessen der Sowjetunion und den Vorstellungen eines schweizerischen Weges zum Sozialismus, führten zu kontroversen Äusserungen in der Öffentlichkeiten, die wiederum das Verständnis der breiten Massen eher verkleinerte als Vertrauen weckte. Kurt Imhof bringt dies auf den Punkt:

*[...] Die Dialektik des Kalten Krieges hat aus der PdA bereits eine dogmatische Kaderpartei werden lassen, die dem Feindbild immer mehr entspricht, das seit 1950 alle hier untersuchten Organe von ihr vermitteln. Exakt nach dem Drehbuch einer stigmatheoretisch belehrten Mindehreitsoziologie wird die bis 1947 äusserst heterogene PdA zu einer homogenen politischen Minderheit, die sich über „Selbstreinigungsprozesse“ strikt abschottet, bis sie dem binnengesellschaftlichen „Osten“ als „Kominform-Partei“ perfekt entspricht.*

*So erstaunlich der Erfolg dieser Partei ausgangs des Zweiten Weltkrieges ist, so bemerkenswert ist ihr 1947 einsetzender Niedergang. Ebenso schnell wie die PdA Mitglieder und Mandate gewann, verliert sie diese nun wieder und ändert gleichzeitig ihren Charakter von einer linkssozialistischen Sammlungsbewegung zu einer ideologisch abgeschlossenen Kaderpartei. [...] Innert kürzester Zeit übernimmt sie das Etikett der „Fünften Kolonne“, und ihre Mitglieder erben Bezeichnungen wie „Vaterlandsverräter“ und Attribute wie „unschweizerisch“, von den „Fronten“ und „Swisslingen“. Die Partei wird zu Beginn der 50er Jahre massiven Verfolgungen ausgesetzt, die sie dezimiert und gleichzeitig dogmatisiert. [...] Bis 1952 verliert die Partei von ihren 20'000 Mitgliedern 14'000, und ihr Stimmenanteil bei den*

---

<sup>29</sup> Die Geschichte der PdA, von Karl Odermatt, PdA

*Nationalratswahlen sinkt von 5.1% 1947 auf 2.7% 1951. In den 50er Jahren hält dieser „freie Fall“ an. [...]*<sup>30</sup>

Eine Annäherung an die Sowjetunion erfolgt nochmals in den sechziger Jahren. Die Meinungsverschiedenheiten und resultierenden Konflikte zwischen China und der Sowjetunion, führt zur Abspaltung des maostischen Blocks innerhalb der PdA. Dieser Block sollte gegen Ende der sechziger Jahre von der Neuen Linken geschluckt werden.

Die allgemeine Hysterie, verbunden mit einer übertriebenen Angst, die PdA werde von der Sowjetunion aus gesteuert und bereite den Putsch in der Schweiz vor, führte zu einem übertriebenen Überwachungs politik der Bundespolizei (Bupo). Karl Odermatt schreibt unter dem Titel ‚Stets von der Bupo begleitet‘:

*Gegen die PdAS, ihre Mitglieder und Anhänger wurde stets Druck ausgeübt, offen oder versteckt, legal oder illegal. Die Repression steigerte sich in den Jahren des Kalten Krieges bis zu ihrem hysterischen Höhepunkt im November 1956 wegen der Ereignisse in Ungarn; sie war dort am wirkungsvollsten, wo die PdA am schwächsten war. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ging davon aus, dass Moskau über die PdAS in der Schweiz den Umsturz vorbereite und zu gegebener Zeit durchführen werde. Den Beweis dafür blieb es schuldig. Wiederholt erwogen die Departementsvorsteher von Steiger und Feldmann Strafverfolgungen gegen die Leitung der PdAS und die Redaktoren der PdA-Presse. Auf tausenden von Seiten registrierte die Bupo wirkliche und vermeintliche Daten aus dem Leben von PdA-Mitgliedern; es wurden besondere Listen von "Gefährlichen" und "Verdächtigen" geführt. Von 1944 "betreute" die Bupo die PdAS ohne gesetzliche Grundlage und meist unbekümmert darum, ob die Mittel rechtmässig und angemessen waren, denn Staatsschützer unterstanden keiner Kontrolle. 1945 mussten die Parteiverbote aufgehoben werden; sie wurden 1950 durch verschärfte Staatsschutzweisungen ersetzt. Am 5. September 1950 erliess der Bundesrat seine Weisung, mit der PdA-Mitglieder aus dem Bundesdienst entlassen werden konnten. Vor Gericht gestellt und verurteilt wurden die Journalisten Pierre Nicole und Emil Arnold und der Lausanner Grüzist André Bonnard. Heute wird wohl jedermann sehen, dass es in diesen Prozessen nicht um Delikte, sondern um Gesinnungen ging.*<sup>31</sup>

### ***Die Sozialdemokratie in den Kinderschuhen – die Suche nach einem glaubwürdigen Weg***

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS, kurz SP) konnte sich während des Zweiten Weltkrieges als neue Partei im Bundesrat etablieren. Dies war nur möglich, aufgrund der vorzeitigen Abspaltung der radikalen Linken, die sich zuerst in der KPS und später in der PdA wiederfanden.

Die Politik der Sozialdemokratie direkt nach dem Krieg war keineswegs geprägt von einem prowestlichen Kurs. Vielmehr probierte die Partei, beide Systeme bzw. Ansichten über die zukünftige Welt aufzunehmen und sie kritisch zu beleuchten. Zeitweise ist auch ein proöstlicher Kurs zu erkennen. Die Sozialdemokratie hoffte auf einen Konsens der Weltmächte. Als dieser Konsens allerdings unbeantwortet blieb und die Spaltung in zwei Systeme, in Ost und West, absehbar, ja greifbar wurde, verwickelte sich die SP zunehmend in eine diffuse Politik. Einerseits wollte man entschieden eine antibürgerliche Politik betreiben, geprägt und getragen von einem Sozialismus, andererseits sah man, dass die Massen sich entschieden gegen alles, was irgendwie mit Sozialismus in Verbindung stand, massiv

---

<sup>30</sup> Konkordanz und Kalter Krieg, Band 2, S. 242

<sup>31</sup> Die Geschichte der PdA, von Karl Odermatt, PdA

sträubten. Der Grund dafür liegt in der Tatsache, dass die Menschen auf Sozialismus bedacht waren und einen sozialen Ausgleich von Arm und Reich befürworteten, aber das Gespenst des Kommunismus mit seinem eigenem Sozialismus führte zu einer kategorischen Ablehnung aller Tendenzen in Richtung Sozialismus und Verstaatlichung. Während sich die KVP hauptsächlich aus religiösen Gründen sich gegen den Osten wandte, so waren es bei den Freisinnigen vor allem wirtschaftliche als auch politische Motive. Auf diese Weise gelang dem Bürgerblock die Massen auf einen prowestlichen Kurs zu lenken. Dazu kam die allgemeine Angst, die durch die Christenverfolgung, durch die Militärparaden der Sowjets und nicht zuletzt die entschiedene Forderung der Sowjetunion nach einer Weltrevolution des Proletariats eine prowestliche Stimmung suggerierte. Dass in dieser Zeit, eine Partei wie die SP, die auch proöstliche Thesen vertrat, in ein tiefes Dilemma verfiel, erklärt sich aus diesem allgemeinen prowestlichen Tenor verbunden mit einer Ablehnung des Sozialismus und der Verstaatlichung. Obwohl nochmals klar betont werden soll, dass die SP keineswegs sich auf dem Kurs einer PdA befand, ja sogar sich entschieden gegen diese Partei wandte, und diese Idee als falschen Weg des Sozialismus, als Irrweg des Sozialismus, bezeichnete, so blieb das Vertrauen in die SP schwindend. Als grosses Ereignis für die SP galt die Einführung der AHV (1947). Dieses Ereignis konnte das Vertrauen aber nur geringfügig verbessern. Zeitweilig war die SP auch nicht mehr im Bundesrat vertreten. Die SP sah, dass mit diesem Weg der Verständigung von Ost und West in einer Zeit der Konfrontation der beiden Systeme und in einer prowestlichen Grundstimmung, keine glaubwürdige Politik betrieben werden konnte. Zu Beginn der fünfziger Jahre, zur Zeit des Koreakrieges (1950), ist ein prowestlicher Kurswechsel der SP festzustellen. Die SP wandte sich dem Bürgerblock zu, und konnte damit wieder Wählerstimmen gewinnen. Dieser totale Kurswandel von einer Partei, die sich kritisch dem Westen stellte und eine Verständigung der Systeme erhoffte, zu einer prowestlichen, ja fast bürgerlichen Partei, die sogar sich für ein soziales Modell der Rüstungsfinanzierung aussprach („soziale Landesverteidigung“), bleibt ein erstaunliches, geschichtliches Relikt des Kalten Krieges. Auch die Anerkennung des Marshall-Planes, dieses einst imperialistische Konstrukt, bildet, wie Kurt Imhof festhält, einen ‚messianischen Proamerikanismus‘. Erst zu Beginn der siebziger Jahre sollte sich die SP von dem bürgerlichen Block abwenden und eine neue antibürgerliche, soziale Politik betreiben. Die folgenden Auszüge sind der Parteizeitung, der ‚Tagwacht‘, entnommen:

*In den Vereinigten Staaten sind Ansätze und Möglichkeiten zu allem vorhanden, was Deutschland zum Verderben wurde: Industrie-Vergötzung, Geldherrschaft, Imperialismus vermischt mit Bigotterie, Rassenhass und Chauvinismus. [...] die Trumänner [...] sich eben noch überlegen (fühlen), [...] neben der Atombombe haben sie [...] das Brot und diktieren damit den Hunger und die Satttheit, sie beherrschen den Film und die Presse und alle zivilen Bedürfnisse des kleinen Mannes von der Rasierklinge und dem Tabak bis zum Grammophon im afrikanischen Urwald [...] Trotz dieser Welbeherrschung und Welgeltung mehren sich die Krisenzeichen im Lande selbst. [...] und da erinnert man sich des beispielhaften Schicksals Deutschlands [...] der Amerikanismus [...] zur Aggression (werden), die nicht bei sich, sondern bei den anderen die Ursache und die Schuld zu erkennen meint, dass es ihm an ‚Lebensraum‘ fehle.<sup>32</sup>*

*Russland und wir. Wir lassen uns trotz der Kritik am politischen System Russlands auf keinen Fall in eine antirussische Front hineinmanövrieren. Dahinter verbirgt sich stets die grosskapitalistische Reaktion. Dies kommt im Geschrei gewisser Kriegshetzer in den*

---

<sup>32</sup> Konkordanz und Kalter Krieg, Band 2, S. 212; TW 9.4.1947, Dollarimperialismus und Antikommunismus, Rang 2

*Vereinigten Staaten Amerikas unverholen zum Ausdruck. Darin liegt die grösste Gefahr für den Frieden.*<sup>33</sup>

*Die Konferenz der drei Aussenminister Bidault, Bevin und Molotow in Paris ist resultatslos verlaufen. Sang- und klanglos gingen die Minister auseinander, die Kälte ist trotz der sömmerlichen Wärme in ganz Europa zu spüren. Es ist ein förmlicher Bruch, und er scheint diesmal unheilbar zu werden. [...] Die Trennung Europas in zwei Teile, die fatale Ostblock und Westblockbildung scheint nun doch eine Tatsache zu werden. Man kann Molotow, bzw. die russische Diplomatie von Schuld nicht freisprechen.*

*Nach dem ‚Auseinanderfall‘ Europas in eine westliche und eine östliche Zone, politisch und wirtschaftlich, wird die Schweiz sich erst recht auf ihre Neutralität versteifen müssen.*<sup>34</sup>

*Der 6. Juli ist ein Tag von historischer Grösse für die Schweiz, er ist der Ehrentag der sozialen Schweiz.*<sup>35</sup> (Annahme der AHV-Gesetzgebung)

*Unsere Stellung zu den Ereignissen in Korea ist hier zu oft festgehalten worden, als dass unser Urteil über den Ausgang der [...] Korea-Debatte im Sicherheitrat missverstanden werden könnte. Im Gegensatz zu den kominformhörigen Kritikern .. anerkennen wir restlos die Mission, in der die UNO-Truppen in Korea landeten. Die Schuld am Ausbruch dieses Krieges steht ausser Zweifel, und das Märchen von den chinesischen Freiwilligen mag bei denen verfangen, denen ein eigenes Urteil überhaupt abgegangen ist.*<sup>36</sup>

*Bei diesen Kominformhörigen handelt es sich um politisch weniger entwickelte, ja urteilslose, politisch noch vielfach unerzogene Massen.*<sup>37</sup>

*Nur durch sozialen Fortschritt kann das Volk gegen den Bazillus Kommunismus immun gemacht werden.*<sup>38</sup>

*Der einst imperialistische Marschall-Plan ist jetzt keineswegs ein Mittel des Kapitalismus zur Asubeutung des arbeitenden Menschen<sup>39</sup>, sondern ein ehrliches Hilfswerk, mit segensreichen Wirkungen<sup>40</sup>, das dem guten Willen des amerikanischen Volkes entspringt und für das es Steuern schwitzt.*<sup>41</sup>

---

<sup>33</sup> Konkordanz und Kalter Krieg, Band 2, S. 213; Basler Zeitung 18.10.1947, Abdruck des Wahlmanifests der SP Basel

<sup>34</sup> Konkordanz und Kalter Krieg, Band 2, S. 213; TW 5.7.1947, Marshall-Plan und Ost-West-Blockbildung, Rang 8

<sup>35</sup> Konkordanz und Kalter Krieg, Band 2, S. 215/216; TW 7.7.1947, AHV-Abstimmung, Rang 1

<sup>36</sup> Konkordanz und Kalter Krieg, Band 2, S. 232; TW im Juni 1950, Ausbruch des Koreakrieges

<sup>37</sup> Konkordanz und Kalter Krieg, Band 2, S. 234/235; TW 25.8.1951, Koreakriege, Rang 5 und TW 15.1./6.9.1951, Friedenssicherung in Europa, Rang 1

<sup>38</sup> Konkordanz und Kalter Krieg, Band 2, S. 239; TW 12.3.1951, Rüstungsfinanzierung, Rang 2

<sup>39</sup> Konkordanz und Kalter Krieg, Band 2, S. 234; TW 26.12.1951, Wohlstand in Freiheit

<sup>40</sup> Konkordanz und Kalter Krieg, Band 2, S. 234; TW 10.11.1951, UNO-Versammlung, Rang 15

<sup>41</sup> Konkordanz und Kalter Krieg, Band 2, S. 234; TW 29.9.1951, Friedenssicherung in Europa, Rang 1

# Der Osthandel

Ein Thema, das in der Schweiz während der Zeit des Kalten Krieges immer wieder für Zündstoff gesorgt hat, ist der viel diskutierte Osthandel. Es war in aller Munde, dass Schweizer Firmen mit dem Osten einen Handel aufrechterhielten. Dieser nicht ganz für die Schweizer Wirtschaft bedeutungslose Handel belief sich durchschnittlich auf 5% des Schweizer Aussenhandels. Auch Importwaren aus dem Osten waren erhältlich. Der Handel führte meist über das ebenfalls ‚zwangsneutrale‘ Österreich. Die Waren wurden meist mit dem Zug nach Buchs (SG) oder St. Margrethen (im Kanton St.Gallen) transportiert und von hier weiter nach Feldkirch ins Österreich. Der weitere Weg in den Ostblock erfolgte wahrscheinlich über Ungarn und Rumänien oder über die Tschechoslowakei. Die leeren Lagerhallen und der Abbau des grossen Güterumschlagbahnhofs Buchs bei der Wende (1989/90) zeugen noch heute von einem ehemaligen Handel mit dem Osten. Während zur Zeit des Kalten Krieges die Strecke Sargans-Buchs-Feldkirch eher einen guten Anschluss bot, so ist sie heute mehrheitlich eine Nebenbahnstrecke. Die schizophrene Haltung in der Frage des Osthandels bestand darin, dass man den Osthandel zwar politisch verneinte, ihn aber trotzdem betrieb. So schrieb der NZZ-Chefredaktor Willy Bretscher am 1.3.1962 in seinem Artikel ‚Grundsätzliches zur Diskussionen um den Osthandel‘:

*[...] Der Gedanke einer dauernden wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen „sozialistischen“ und „kapitalistischen“ Staaten zur Förderung des Welthandels, der Wohlfahrt aller Völker und des Friedens hat in der Theorie des Bolschewismus keinen Platz. [...]*

*[...] Die Einfuhr westlicher Investitionsgüter hilft dem Osten, in seinem Wirtschaftssystem begründete oder auftretende wirtschaftliche Schwierigkeiten zu überwinden, Produktionslücken zu schliessen und die technischen Fortschritte des „Kapitalismus“ für sich nutzbar zu machen; sie hat also die Bedeutung und Wirkung einer „Entwicklungshilfe“ für den Aufbau des Kommunismus, wie dies Wolfgang Förster soeben in einem beachtenswerten Aufsatz in den „Schweizer Monatsheften“ dargelegt hat. Mit der Ausfuhr von Konsumgütern beschafft sich der Osten die Devisen zur Bezahlung dieser westlichen Lieferungen, und da er sein Warenangebot einschliesslich der Preise nach Belieben manipulieren kann, besitzt er die Möglichkeit, schlagartig bald auf diesem, bald auf jenem Markt als Konkurrent aufzutreten und die Wettbewerbsbedingungen zu verfälschen. [...]*

*[...] Solange der Aussenhandel für den Osten Politik, für den Westen dagegen Geschäft bedeutet, wird die gegenwärtige Situation mit ihren Nachteilen für die freie Welt bestehen bleiben. Die Gefahren eines ungehemmten, d.h. nur von einer Seite gelenkten Osthandels für die freie Welt, deren Einholung und Überholung in der wirtschaftlichen Entwicklung Chruschtschew immer ankündigt, dürften noch in dem Masse wachsen, in dem Sowjetrussland sich auf Grund der westlichen Lieferungen die technologischen Fortschritte unserer industriellen Zivilisation aneignet und ihm zugleich mit seinem geeigneten Güterangebot – man denke an die russische Erdöloffensive – das Eindringen in die Märkte des Westens gelingt. Weil ein Abbruch der Handelsbeziehungen mit dem Sowjetimperium politisch nicht realisierbar erscheint und mit einer Zurückbildung viel weniger als mit ihrer weiteren Ausdehnung in der Zukunft zu rechnen ist, hat man in den Vereinigten Staaten von Amerika begonnen, die Frage zu erörtern, wie diese Beziehungen auf eine andere Basis gestellt werden könnten, um mindestens eine Steigerung ihrer störenden und zersetzenden Auswirkungen auf den Welthandel zu verhindern. [...]*

*[...] Im Vergleich zu andern, auch den bündismässig gegen den Sowjetimperialismus zusammengeschlossenen westlichen Staaten ist der schweizerische Osthandel von geringem Umfang, und seine Gestaltung wird von den für die Aussenwirtschaft verantwortlichen Behörden so weit überwacht und geregelt, als die Interessen der eigenen Wirtschaft und die Sorge um die Erhaltung geordneter Marktverhältnisse dies gebieten. [...]*

*[...] Weil diese Positionen verschieden sind und verschieden sein müssen, weil zwischen der Neutralität des Staates und der Geinnungsfreiheit der Bürger eine natürliche Spannung besteht, war und ist hier jene sachliche Aufklärung nötig, die der Fortgang der Diskussion um den Osthandel bereits mit sozusagen selbstregulierender Wirkung zu zeitigen begonnen hat. [...]*

*[...] Die schweizerische Aussenpolitik beruht auf dem Prinzip der Universalität der völkerrechtlichen Beziehungen, dem auch der allseitige Charakter der handelspolitischen Beziehungen entsprechen muss, und es gehört deshalb zur Aufgabe des Bundes, die wirtschaftspolitischen Verbindungen zu allen Staaten aufrechtzuerhalten. Dem freien Ermessen des Bürgers und der Privatwirtschaft ist es anheimgestellt, wie sie den vom Staat durch den Abschluss von Handelsverträgen geschaffenen Rahmen der aussenwirtschaftlichen Beziehungen ausfüllen wollen; dem Einzelnen fällt in unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung die Entscheidung und die Verantwortung für ihr Verhalten zu. [...]*

Willy Bretscher schliesst zwar mit den Worten, dass jeder Bürger sich sein eigenes Urteil über den Handel mit dem Osten machen sollte, doch sein Unterton suggeriert eine massive Ablehnung des Osthandels. Die Importwirtschaft schaffe die nötigen Devisen für den Osten und die Exportwirtschaft sei ein Ausverkauf des Know-Hows an den Osten. Dieser Mix aus Devisen und Know-How fördere den Aktionsradius des Ostens und führe, durch den Umstand eines starken Ostanbieters, zu einer Steuerung des westlichen Marktes. Damit wäre aber der freie Markt gefährdet und dem Untergang geweiht. Es sei, so Willy Bretscher, ein internationales Abkommen von Nöten, um dieser Gefahr zu trotzen.

## Neutralitätspolitik

Der Begriff ‚Neutralität‘ findet sich in fast jeder Epoche der Schweizer Geschichte. Man liegt aber in der Annahme falsch, dass dieser Begriff immer dieselbe Bedeutung aufwies. Neutralität ist nicht gleich Neutralität. Deshalb muss auch dieser Begriff einer genauen Definition unterzogen werden. Ist Neutralität mit einer neutralen Haltung oder Gesinnung gleichzusetzen? Oder beinhaltet Neutralität einfach die Eigenständigkeit der Schweiz? Ist hier einfach eine neutrale wirtschaftliche Position gemeint? – Wir sehen, der Begriff bedarf einer Definition.

Als 1946 der Völkerbund aufgelöst wurde, konnte die Schweiz ihre ‚differenzierte Neutralitätspolitik‘, die sie zu wirtschaftlichen nicht jedoch zu militärischen Verpflichtungen im Völkerbund band, aufgeben. Eine neue Neutralitätspolitik konnte auf der Basis einer alten gestaltet werden.

Zuerst muss festgehalten werden, dass es in der Schweiz zu Beginn des Kalten Krieges nicht um eine klassische Neutralität ging, wie dies im Zweiten Weltkrieg bei etlichen Ländern wie z.B. Schweden festzustellen war. Die Neutralität der Schweiz meint eine bestimmte Neutralitätspolitik. Richtig formuliert müsste man eigentlich konstatieren, dass der Begriff

„Neutralität“ einer speziellen Definition bedarf und dies ist in der Politik, eben in der Neutralitätspolitik, verankert. Dass sich diese Politik im Laufe der Zeit ändert, muss nicht weiter erläutert werden. Die Neutralitätspolitik der Schweiz versteht sich nicht als Politik der neutralen Haltung bzw. Gesinnung. Aussenpolitische Vorgänge werden analysiert und interpretiert. Die Stellungnahme der Schweiz zu aussenpolitischen Vorgängen war immer ein wichtiges Element dieser Neutralitätspolitik. Diese Stellungnahme kann mit den umliegenden Staaten übereinstimmen, aber ebensogut auch kontrovers ausgestaltet sein. Neutralitätspolitik im Kalten Krieg bedeutete auch nicht eine wirtschaftliche Eigenständigkeit. Direkt nach dem Zweiten Weltkrieg war die Schweiz bemüht, Handelspartner zu gewinnen. Die Rahmenbedingungen für einen reibungsfreien Ablauf dieses Handels bildete die Europäische Freihandelszone (EFTA) und die internationalen Abkommen mit dem GATT. Wirtschaftliche Bindungen an andere Staaten wurden aber weitgehend vermieden, um die Handlungsfreiheit zu wahren. Die vielen Regulationsmöglichkeiten der Schweizer Nationalbank zeugen auch heute noch von einer gewissen Handlungsfreiheit; vergleicht man die EU mit ihrer Europäischen Nationalbank. Die EFTA gestaltete sich auch mehr als ‚Rahmenbedingungs-konstrukt‘ im Gegensatz zu einem System wie die EG oder der EWR, der Nachfolgevertrag der EFTA, die Volkswirtschaften miteinander zu vereinen suchten. Ein wichtiger Begriff im Zusammenhang mit der Neutralitätspolitik war die ‚geistige Landesverteidigung‘. Sie beinhaltete die äusserste militärische Verteidigung der Schweiz im Falle eines Angriffs. Das Mittelland sollte solange gehalten werden wie möglich. Danach sollten die Alpen als letztes ‚Reduit‘, als ‚Festung der Schweiz‘, zur Verteidigung der Schweiz herhalten. Diese Neutralitätspolitik war und ist heute noch geprägt von einem internationalen Engagement. Es wäre falsch, zu behaupten, die Schweiz hätte während dem Zweiten Weltkrieg sich nicht international engagiert. Es sei nur auf das Engagement des Roten Kreuzes (IKRK) und auf die Mitarbeit der Schweiz in der UNO, allerdings nicht als Mitglied, verwiesen. Die Schweiz ging selten Bindungen mit internationalen Organisationen ein wie z.B. mit der UNO. Vielmehr wollte man auch hier die Handlungsfreiheit bzw. Handlungsspielraum wahren. Die Mitgliedschaft wurde immer als Gefahr empfunden, man könne aus diesem Konstrukt nicht mehr austreten. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Schweiz im Völkerbund. Der Völkerbund liess die Austrittsoption offen. Vielleicht war gerade diese Option ein wichtiges Kriterium für den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund (1920). Tatsache bleibt, dass auch hier der Volksentscheid knapp ausfiel. Willy Bretscher, Chefredaktor der NZZ, schrieb am 22.12.1952, anlässlich des hundertjährigen Bestehens der Zeitung, einen Absatz zum Thema ‚Lebenidige Neutralität‘. Die folgenden Auszüge sind aus diesem Aufsatz entnommen:

*[...] Die Neutralität stellt eine Jahrhunderte alte Tradition der schweizerischen Aussenpolitik dar, die aus den besonderen Gegebenheiten des geschichtlichen Werdens, der föderativen Struktur und freiheitlichen Staatsform der kleinen Alpenrepublik und ihrer geographischen Lage im Herzen Europas herausgewachsen ist. [...]*

*Neutralität bedeutet [...] für uns in erster Linie einen politischen Fixstern [...], nach dem sich die schweizerische Aussenpolitik als nach einer selbstgewählten Form richtet. [...]*

*[...] Wer die schweizerische Neutralität und Neutralitätspolitik als etwas vollkommen Statisches betrachtet, übersieht wohl, dass die Eidgenossenschaft aus der Neutralität heraus und mit der Neutralität immer Politik gemacht hat.[...]*

*[...] Die gewaltigen Veränderungen in der Staatswelt und im Gesamtklima der zwischenstaatlichen Beziehungen haben es mit sich gebracht, dass die Schweiz für die Wahrung der Neutralität immer weniger auf die Faktoren der internationalen Moral, des allgemeinen Völkerrechts und der besondern Verträge abstellen konnte. Um so entschlossen und rückhaltloser musste sie zur Erfüllung ihrer aussenpolitischen Aufgabe das Gewicht der eigenen Kräfte in die Waagschale werfen: das Potential ihrer*

*Staatskunst, eines leidenschaftlichen Unabhängigkeitswillens und einer unzweifelhaften und unbedingten Verteidigungsbereitschaft. [...]*

*[...] Die Gründung und das Wirken des Internationalen Roten Kreuzes in Genf sind nur der geschichtlich am weitesten zurückreichende und sichtbarste und bekannteste Ausdruck eines humanitären Helferwillens, den in jeder möglichen Weise und auf jedem geeigneten Felde zu betätigen die neutrale Schweiz als ihr schönes Vorrecht und als eine selbstverständliche Pflicht betrachtet. Auch an den Bemühungen zum Ausbau der internationalen Rechtsordnung hat die Eidgenossenschaft stets lebhaften Anteil genommen und ist beispielsweise während der Zeit der Existenz des Völkerbundes unermüdlich für den Gedanken der Schlichtung internationaler Konflikte durch ein obligatorisches Schiedsgerichtsverfahren eingetreten. Ihre Neutralität hat sie ferner nicht gehindert, alle auf kulturellem, wirtschaftlichem und technischem Gebiet unternommenen Bestrebungen zur internationalen Zusammenarbeit stets aktiv zu unterstützen; denn es wäre unschweizerisch, nur schweizerisch zu sein.[...]*

*[...] Während sich die Schweiz mit Rücksicht auf ihre Neutralität allen im Gefolge der unseligen „Zweiteilung“ der Welt abgeschlossenen politischen oder militärischen Pakten ferngehalten hat, erfüllt sie gleichzeitig die Pflicht zur Solidarität durch die aktive Beteiligung an allen humanitären, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet von den Vereinten Nationen und im besondern von Amerika mit dem Marshall-Plan unternommenen Bemühungen zum Wiederaufbau Europas und der Welt. [...]*

*[...] Die schweizerische Neutralität ist nicht Gesinnungslosigkeit. Sie ist die Neutralität der Schweiz, das heisst des schweizerischen Staates, der sich damit auf ein bestimmtes aussenpolitisches Verhalten verpflichtet; sie ist aber nicht ein Begriff und eine Forderung moralischen Art, die für das Denken und Urteilen der Bürger dieses Staates gelten müssten. [...]*

*[...] Es gibt keinen Grund, anzunehmen, dass diese schweizerische Neutralität als ein festes Stück politischer Wirklichkeit in schwankender Zeit nicht mehr zeitgemäss sein sollte. [...]*

Es fällt auf, dass hier Neutralitätspolitik nur mit dem Westen betrieben wird. Eine folgerichtige Neutralitätspolitik auf der Basis der alten Neutralitätspolitik, scheint hier nicht der Fall zu sein. Von Marshall-Plan und Wiederaufbau des Westens ist die Rede. Kein Wort fällt über die Stellung des Ostens in dieser Politik. Dieses Fehlen eines Teils der Welt bedeutet aber einen Schritt weg von der Neutralitätspolitik, die eine Politik gegenüber allen Ländern darstellt. Neutralität gegenüber dem Westen und dem Osten müsste als Grundtenor einer folgerichtigen Neutralitätspolitik seine Verankerung finden. Auch die Aussage über das Fernhalten von politischen oder militärischen Pakten scheint hier sehr fragwürdig. Aus den bisherigen Ausführungen muss von einer prowestlichen Grundeinstellung ausgegangen werden, was mit dem Ergreifen eines Systems, nämlich das des Westens, beantwortet wurde. Zwar hat die Schweiz sich auf keine militärisches Bündnis mit dem Westen eingelassen, doch die politischen Zusagen im Falle eines möglichen Krieges können nicht unter den Tisch gekehrt werden.



# Fazit

Der Schluss dieser Arbeit, bildet eine Bewertung der Schweizer Politik im Kalten Krieg. Hat die Schweiz wirklich eine Neutralitätspolitik betrieben? War die Schweiz wirklich offen gegenüber dem Westen und dem Osten? Liess sie sich nicht vom Westen oder vom Osten beirren?

Die Analyse der Parteienlandschaft ergab eine mehrheitlich prowestliche Stimmung, die mit einer Politik, die sich an den Westen anlehnte, beantwortet wurde. Jegliche andere Gesinnung, wie etwa die der PdA, wurde als ‚unschweizerisch‘ abgestempelt. Die Angst vor dem Osten wurde zwar nicht mit einem McCarthyismus wie in den USA beantwortet, jedoch war auch in der Schweiz eine gewisse Hysterie zu erkennen. Während die Aussenpolitik geprägt war von einer Orientierung und z.T. Bindung an den Westen, wie dies die aussenpolitischen Etappen der Schweizer Geschichte aufzeigen, so führte die Innenpolitik hauptsächlich zu einer Abschottung jeglicher östlicher Tendenzen wie etwa die der PdA. Vorallem die staatlichen Überwachungsmassnahmen erwiesen sich als arg übertrieben, wie dies die Fichenaffäre in den neunziger Jahren zeigte. Auch wenn diese Argumente die Neutralitätspolitik der Schweiz massiv belasten, so muss doch dieser Politik gutgehalten werden, dass in der Schweiz eine gegenläufige Meinung, jedoch unter Inkaufnahme massiver Nachteile (z.B. Arbeitsverlust, Verlust des öffentlichen Ansehens, usw.), vertreten werden konnte wie das Beispiel der PdA zeigt. Im grossen und ganzen kann aber nicht von einer Neutralitätspolitik die Rede sein; vielmehr von einer konsequenten Westpolitik. Der Osthandel bildet hier eine Schizophrenie, die aus dem eigennützigem Handeln vieler Unternehmer hervorging. Die östliche Planwirtschaft erwies sich eben auch in Phasen eines Konjunkturabschwungs oder sogar in einer Rezession als guter Geschäftspartner. Die anschliessenden Ausführungen von Mauro Mantovani gehen der Frage nach, ob und inwiefern die Schweiz Vorteile bei einem Krieg zwischen Ost und West durch ihre prowestliche Haltung gehabt hätte. Er kommt zu einem ernüchternden Resultat:

*Alle diese Abweichungen von der deklarierten "Neutralitätspolitik" erfolgten in der Absicht, die Nachteile des Neutralitätsstatus zu mildern, der in Friedenszeiten politische Randstellung und im Kriege voraussehbar Isolation bedeuten musste. Diese Zielsetzung wurde jedoch weitgehend verfehlt:*

- *Die Schweiz wurde rüstungsexportpolitisch von den westlichen Führungsmächten stets als nachrangig betrachtet und konnte namentlich in Spannungs-, mithin Mangelzeiten die von ihr gewünschten modernen Rüstungsgüter (Panzer, Überschallflugzeuge und Radargeräte) nicht erwerben. Der daraus sich ergebende chronische rüstungstechnische Rückstand der Schweiz bildet den Hintergrund für das einhellige Urteil in- und ausländischer Fachleute, die Schweiz sei militärisch wesentlich schwächer als ihre Nachbarstaaten (trotz ihrer Fähigkeit, in kurzer Zeit ein Massenheer zu mobilisieren). Dass dennoch nie ernsthafter Druck auf die Schweiz ausgeübt wurde, sich formell den westlichen Verteidigungsbündnissen anzuschliessen oder auch nur an deren operativen Planungen teilzunehmen, ist zum einen der vorherrschenden Einschätzung zuzuschreiben, die Schweiz sei militär-strategisch im Rahmen des westlichen Dispositivs nahezu bedeutungslos, da durch die Rote Armee kaum bedroht. Zum anderen verfieng die stereotype Drohung der schweizerischen Diplomatie, im Falle öffentlicher Anfeindung der Neutralität die bestehende wirtschaftliche und militärische Kooperation im Rahmen des Marshall-Plans und des CoCom-Regimes sowie in Form ihrer rein westlich orientierten Rüstungsexportpolitik aufzukündigen.*

- *Die Schweiz bemühte sich insbesondere während des Koreakrieges vergeblich um eine Garantie, dass ihre Hochseeflotte im Kriegsfall unbehelligt Häfen von NATO-Staaten passieren dürfe, um so die Versorgung der Schweiz sicherzustellen. Sie erhielt eine solche Garantie ebenso wenig wie die von der Montanunion verlangte Zusicherung, in Spannungszeiten mit Kohle und Stahl versorgt zu werden, oder die von den USA gewünschte Garantie, in Krisenzeiten die Guthaben schweizerischer internationaler Konzerne nicht einzufrieren.*

*In der hier untersuchten konfrontativsten Phase des Kalten Krieges muss der Neutralitätsstatus trotz einer "Neutralitätspolitik", die mit Äquidistanz wenig zu tun hatte, für die Schweiz als weitgehend disfunktional bezeichnet werden. Die Schweiz hätte in einem Ost-West-Krieg wegen ihrer Neutralität gegen den einzig denkbaren Gegner nicht die bestmöglichen Voraussetzungen gehabt. Und die von Moskau ausgehenden Signale liessen kaum einen anderen Schluss zu, als dass die Schweiz wenig Aussichten besass, in einem weiteren europäischen Grosskrieg verschont zu bleiben. Dass die politische und militärische Führung aus dieser bedenklichen Perspektive keine radikalen Folgerungen zog, sondern im Gegenteil "neutrales" Abseitsstehen als beste Sicherheitsstrategie anpries, wirft ein zwiespältiges Licht auf ihren politischen Mut und ihre strategische Weitsicht.<sup>42</sup>*

## Literaturverzeichnis

Zur Bearbeitung dieses Themas wurden Quellen aus dem Internet als auch Sachbücher herangezogen. Sie sind im folgenden aufgelistet:

- **Quellen aus dem Internet:**

**NFP42 – Publikationen Zwischenresultate: Aussen- und Sicherheitspolitik versus Kalter Krieg**

Zwischen angelsächsischem Containment und Bindschedler-Doktrin. Die schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik gegenüber dem Kalten krieg (1947-1963)

von Mauro Mantovani

[www.snf.ch/nfp42/public/resume/rmantovani\\_d.html](http://www.snf.ch/nfp42/public/resume/rmantovani_d.html)

**Die Geschichte der Partei der Arbeit der Schweiz**

von Karl Odermatt, Partei der Arbeit

[www.pda.ch/pdageschichte.html](http://www.pda.ch/pdageschichte.html)

**Bundesamt für Statistik**

[www.statistik.admin.ch](http://www.statistik.admin.ch)

- **Sachbücher:**

**Geschichte der Schweiz**

von Ulrich Im Hof

Verlag W.Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln, ISBN 3-17-017051-1

---

<sup>42</sup> NFP 42 – „Aussen- und Sicherheitspolitik versus Kalter Krieg“ von Mauro Mantovani

**Spannungsfeld kalter Krieg – Neue Zürcher Zeitung (1945-1967)**

*von Willy Bretscher*

Verlag Neue Zürcher Zeitung, ISBN 3-85823-333-1

**Konkordanz und Kalter Krieg – Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit**

Krise und sozialer Wandel Band 2

*Herausgeber: Kurt Imhof, Heiz Kleger, Gaetano Romano*

Seismo Verlag, Sozialwissenschaften und Gesellschaftsfragen, Zürich,  
ISBN 3-908239-29-X

**Schweizer Sicherheitspolitik seit 1945**

*Von Kurt R. Spillmann, Andreas Wenger, Christopf Breitenmoser, Marcel Gerber*

Verlag Neue Zürcher Zeitung, ISBN 3-85823-909-7

Dieses Buch ist erst kürzlich erschienen. Es wurde bei der Bearbeitung dieser Arbeit noch nicht miteinbezogen.

This document was created with Win2PDF available at <http://www.daneprairie.com>.  
The unregistered version of Win2PDF is for evaluation or non-commercial use only.